

Unsere Welt

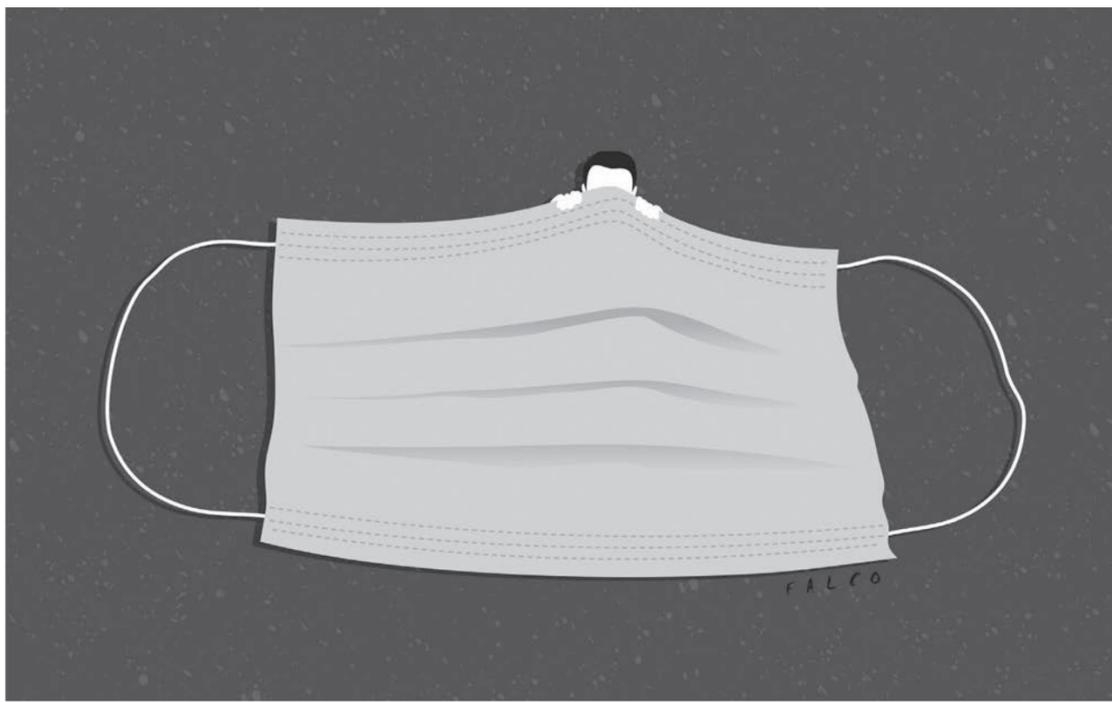


Illustration: Falco/Juventud Rebelde

Kein zurück zur alten Normalität

Wird die Zukunft besser sein?

Auferstanden aus den Ruinen des Egoismus und der Zukunft zugewandt, trägt der Begriff der «Solidarität» alles in sich, um zum Wort des Jahres 2020 gewählt zu werden. Doch wird die Welt aus der aktuellen Pandemie wirklich geläutert hervorkommen? Der brasilianische Befreiungstheologe und Dominikanerpater Frei Betto hegt seine Zweifel.

Von Frei Betto

Viele glauben, dass wenn einmal die Pandemie vorbei ist, die Welt besser und die Menschheit solidarischer wäre. Wir werden nicht zu der alten «Normalität» zurückkehren. Ich erkenne in COVID-19 nicht diese revolutionäre Kraft, die in der Lage wäre, den Neoliberalismus zu stürzen, die Paradigmen des freien Marktes zu erodieren und die Rolle des Staates als Beschützer der schwächsten Teile der Bevölkerung zu stärken.

Die sozialen Kämpfe haben noch einen weiten Weg in eine Zukunft mit weniger Ungleichheit und hoffentlich einem garantierten Grundeinkommen für jeden Bewohner des Planeten zurückzulegen. Als wir schon glaubten, die Dinge würden sich verbessern, geschieht eine Tragödie wie der Ethnozid von Minneapolis vom 29. Mai, als der Schwarze George Floyd von dem weissen Polizisten Derek Chauvin zu Tode gewürgt wurde. Und das im Land von Martin Luther King, wo man hätte meinen können, dass diese Art gewalttätiger Diskriminierung überwunden worden sei.

Meine Hypothese, dass die Welt nach der Pandemie schlimmer zur «Normalität» zurückkehren wird, basiert auf dem historischen Beispiel der Grippewelle von 1918-1920, die fälschlicherweise «spanische Grippe» genannt wurde.

Nach Auffassung des US-Historikers Alfred W. Crosby hatte die Pandemie ihren Ursprung in Kansas. Das Weisse Haus verheimlichte diese Tat-

sache, damit das Image der USA nicht beschädigt würde. Da es in Spanien keine Pressezensur gab, da das Land im Ersten Weltkrieg seine Neutralität erklärte und König Alfonso XIII daran erkrankte, entstand die Nachricht über die Pandemie an diesem Ort und man nannte sie seitdem «spanische» Grippe. Sie breitete sich über die ganze Welt aus, 500 Millionen Menschen wurden infiziert, was einem Viertel der damaligen Weltbevölkerung entspricht und 50 Millionen Kranke starben daran.

Und was kam danach? Eine gerechtere Welt? Leider nein. Wenn wir zur «Normalität» zurückkehren, setzen wir unserer guten Vorsätze, die wir uns im Krankenhaus, einer spirituellen Auszeit oder im Gefängnis vorgenommen haben, fast nie in die Praxis um. Das, was geschah, war eine gesteigerte Lust, das Leben zu geniessen, so als ob sich die Zukunft in der Gegenwart verdichtet hätte. Die Epoche wurde als «die goldenen 20er Jahre» bekannt.

Mit der Last der Toten durch die Grippe von Kansas und der 30 Millionen Toten aus dem Ersten Weltkrieg (1914-1918) suchte man Erleichterung mit dem Charleston, dem Foxtrot, dem Tango und dem Jazz von Louis Armstrong, King Oliver und Duke Ellington. George Gershwin schenkte uns seine grossartige Rhapsody in Blue. Hollywood beschleunigte seine Filmproduktion, um die Massenkultur zu verbreiten. Der Stummfilm machte dem Tonfilm Platz. Die Disney Studios schufen Mickey Mouse.

Der Markt war trunken vor Euphorie. An den Gebäuden das Art Deco, auf den Strassen das Ford Modell t. Das Empire State Building schien mit seinen 102 Stockwerken die Herausforderung des Turms von Babel gemeistert zu haben. Charles Lindbergh machte den ersten Nonstop Flug über den Atlantik. Fleming entdeckte das Penicillin.

In der Malerei übertrugen Munch, Kandinsky und Kirchner die menschliche Subjektivität in den Expressionismus und das Werk Freuds führte durch den Surrealismus von Picasso, Breton, Miró, Duchamp und Dalí zum Zusammenbruch der Paradigmen in der Malerei. Die Literatur brachte uns das Beste von Hemingway, Gertrude Stein und F. Scott Fitzgerald.

Alles sah so aus, als ob Alice endlich das Wunderland gefunden hätte. Bis zum grossen Börsencrash von 1929 und der darauf folgenden Grossen Depression. Die Träume wurden vom Feuer verzehrt, das in Tausenden von Insolvenzen ausstrahlte. Die Flammen wurden genutzt, um die Kultursuppe zu erhitzen, die zum Nationalsozialismus, zum Faschismus und zur Stärkung des Yankee Imperialismus und des russischen führte. Wir alle kennen den Rest der Geschichte, die im Zweiten Weltkrieg (1939-1945) gipfelte.

Aber da die Zukunft unweigerlich die Frucht dessen ist, was wir in der Gegenwart säen, ist jetzt die Stunde gekommen, um zu verhindern, dass die Geschichte sich als Farce wiederholt, wie Marx sagen würde. An uns liegt es jetzt, um jeden Preis die partizipative Demokratie und eine wirklich solidarische Wirtschaft zu verteidigen.

Quelle und Übersetzung: Granma. Bearbeitung: UW

Aus dem Inhalt

Wahlen in den USA: Der König ist nackt	2
Meinungsfreiheit: Rachezug gegen Julian Assange	3
Auf Einkaufstour: China lebt nicht vom Reis allein	4
Schweizer Banken gegen Kuba: Washingtons langer Arm	5
Klimajugend: Unterstützung aus Brasilien	6
Wechsel in der UW-Redaktionsleitung: Das neue Team	7
Plündernde Siedler in Palästina: Nicht meine Brüder	8

Basler Regierungsrat für Atomwaffenverbot

Basel-Bundesrat 1:0

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat am 1. September 2020 auf Ersuchen der Schweizerischen Friedensbewegung den internationalen Städteappell für das Verbot von Atomwaffen gutgeheissen!

In der Mitteilung des Regierungsrates heisst es: «Mit der Unterzeichnung wird der von den Vereinten Na-

tionen verabschiedete Vertrag zum Verbot von Atomwaffen unterstützt und der Bundesrat zum Beitritt aufgefordert. Eine nachhaltige Entwicklung ist ohne Frieden und Sicherheit nicht möglich. Kernwaffen können katastrophale Auswirkungen haben, insbesondere für Städte, da sie im Ernstfall besonders verletzlich sind.»

UW-Redaktor Martin Schwander tritt zurück

Vielen Dank, Martin!

Die Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung «Unsere Welt» erscheint nun schon seit dem Jahre 1978 ohne Unterbruch und unterstützt mit Informationen und Argumenten unseren Kampf für eine Welt ohne Krieg, Ausbeutung und Not.

Seit 25 Jahren zeichnet Martin Schwander verantwortlich für die Herausgabe der Zeitung. Er amtiert als Chefredaktor, als Gestalter und Setzer in einem. In all den Jahren hat Martin Schwander mit unglaublicher Zuverlässigkeit und grossem Einsatz die regelmässige und termingerechte

Martin hat diese Aufgabe stets mit grosser Übersicht und stoischer Ruhe gemeistert und jede Nummer hat uns wieder und wieder begeistert mit ihrer Vielfalt an interessanten und hoch aktuellen Beiträgen, die man in den gängigen Medien oft nicht zu lesen bekam.

Nun ist dies leider die letzte Nummer, bei der wir uns auf die Zuverlässigkeit und auf die kompetenten Erfahrungen von Martin verlassen konnten. Nach 25 Jahren gibt er die Verantwortung für die Herausgabe der Zeitung ab. Obwohl wir das mit



Bereits 1983 für die UW an der «Weltkonferenz der Journalisten gegen Imperialismus und für Freundschaft und Frieden»: Martin Schwander (links) in Pjöngjang. Foto KCNA

Herausgabe jeder Nummer der UW gewährleistet.

Diese Aufgabe ist mit einem enormen Arbeitsaufwand verbunden. An einer Redaktionsitzung werden zuerst aktuelle Themen zusammengetragen. Mit diesen reist Martin Schwander dann zurück in sein Büro in Oberburg und beginnt mit der Arbeit. Interessante Artikel zu den gewünschten Themen müssen geschrieben oder gesucht werden. Einige Beiträge von Autoren aus dem Ausland werden dabei von Martin noch selber ins Deutsche übersetzt. Oft unter grossem Zeitdruck muss die Zeitung gestaltet und gefüllt werden. Nicht selten kommen die Beiträge erst in letzter Minute vor dem Redaktionsschluss. Und einige kommen manchmal auch gar nicht, und es muss kurzfristig ein Ersatz für die freigehaltenen Spalten gesucht werden. Das alles ist sehr aufwendig und nervenaufreibend. Aber

Bedauern zur Kenntnis nehmen, haben wir doch grosses Verständnis für diesen Schritt unseres langjährigen Chefredaktors.

Lieber Martin, für die grossartige Leistung, die du für die Schweizerische Friedensbewegung in all diesen Jahren vollbracht hast, möchten wir dir ganz herzlich danken. Unsere Zeitung ist unsere wichtigste Waffe im Kampf für Frieden, Völkerfreundschaft und internationale Solidarität. Wir sind froh, dass du bereit bist, weiter in der Redaktion mit zu arbeiten, wünschen dir nun aber mehr Ruhe und Zeit für deine Familie und deine weiteren vielseitigen Interessen und Aufgaben.

Zum Glück hat sich für die Weiterführung der Herausgabe unserer Zeitung ein neues Redaktionsteam gefunden, welches sich in dieser Nummer auf Seite 7 selber vorstellt.

Fränzi Genitsch-Hofer

«Ami go home»

Die Weltsicht des Markus Somm

Für Publizist Markus Somm sind die USA die Friedensmacht, die mit ihrem militärischen Potential völlig uneigennützig mit geradezu «grotesker Grosszügigkeit» dafür gesorgt hat, dass wir in Westeuropa seit 1945 keinen Krieg mehr erlebt haben. Stefan Hofer unterzieht diese Belobigung einem Faktencheck.

Von Stefan Hofer

In seiner Kolumne in der Sonntagszeitung vom 4. Oktober 2020 legt der politische Publizist Markus Somm unter dem Titel «Ami go home» seine Sicht der Beziehungen zwischen den Staaten, der internationalen Politik dar.

Ausgangspunkt ist seine Feststellung: «Wer die Geschichte kennt, weiss, dass Krieg zur menschlichen Existenz gehört wie Seuchen, Hunger oder Untergang».

Herr Somm ist also der Meinung, dass die Menschheit den Hunger auf der Welt nie wird besiegen können und dass es Kriege geben wird, solange die Menschheit existiert.

Herr Somm sieht jedoch eine Friedensmacht, die mit ihrem militärischen Potential völlig uneigennützig mit geradezu «grotesker Grosszügigkeit» dafür gesorgt hat, dass wir in Westeuropa seit 1945 keinen Krieg mehr erlebt haben: die USA.

Tatsache ist aber, dass seit 1945 kein Staat so viele Kriege mit so vielen Todesopfern geführt hat wie die USA – mit einer Brutalität und mit unmenschlicher Rücksichtslosigkeit, die nur noch von der Hitlerwehrmacht übertroffen worden sind.

Im August 1945 haben die USA über den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki Atombomben abgeworfen, durch die in wenigen Sekunden 100 000 Zivilisten (Frauen, Kinder und alte Menschen) getötet worden sind und in den folgenden Monaten bis Ende 1945 noch einmal 130 000 Menschen an den Folgen der Verletzungen und Verstrahlungen gestorben sind.

Für die siegreiche Beendigung des 2. Weltkrieges gegen das faschistische Japan war dieser Einsatz von Atomwaffen völlig unnötig, da Japan schon vor dem Atombombenabwurf die Kapitulation angeboten hatte.

Im Koreakrieg von 1950 bis 1953 sind durch schwerste Kriegsverbrechen der US-Army mehrere Hunderttausend Menschen ermordet worden.

Im Vietnamkrieg haben durch die Kriegführung der USA mehrere Millionen Vietnamesen ihr Leben verloren. Zwei Millionen Vietnamesen haben durch den Einsatz von US-Chemiewaffen (agent orange) schwere Gesundheitsschädigungen erlitten.

Von 1965 bis 1973 hat die US-Airforce über Laos Bomben mit einem Gesamtgewicht von 2,1 Millionen Tonnen abgeworfen, mehr als während des 2. Weltkrieges auf Deutschland und Japan abgeworfen worden sind.

Durch den völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak, der mit der Lüge begründet worden ist, Saddam Hussein bedrohe die Welt mit Massenvernichtungswaffen, habe mehrere Hunderttausend Menschen ihr Leben verloren. Auch im Irakkrieg hat das US-Militär scheusslichste Kriegsverbrechen begangen. Schon vor dem Krieg sind im Irak mehrere Millionen Menschen wegen Mangelernährung infolge der von den USA verhängten Wirtschaftssanktionen gestorben.

Richtig ist, dass es in Europa nach dem 2. Weltkrieg bis 1990 d.h. bis

zum Untergang der Sowjetunion keinen grossen Krieg mehr gegeben hat. Aber ist das wirklich das Verdienst der USA?

Nach dem 2. Weltkrieg, an dem sich die USA in der Antihitlerallianz erst mit grossem Einsatz beteiligt haben, als der Krieg durch den opferreichen Kampf der Sowjetarmee bereits entschieden war, haben die USA befürchtet, dass die Völker Westeuropas sich für den Sozialismus oder für ein friedliches gutnachbarschaftliches und kooperatives Zusammenleben mit der Sowjetunion entscheiden könnten. Aus diesem Grund haben sie nach dem Tod von Präsident Roosevelt die Politik des Containment und Rollback proklamiert und damit den kalten Krieg gegen die Sowjetunion eröffnet.

Die westlichen Besatzungszonen in Deutschland haben sie zu einem aggressiven Bollwerk gegen die Sowjetunion aufgerüstet, wobei sie sich ohne Skrupel auf die Kräfte stützten, welche das Hitlerregime und die Naziwehrmacht getragen haben.

Ein von der Sowjetunion vorgeschlagenes Verbot sämtlicher Atomwaffen haben die USA abgelehnt, weil sie den militärischen Vorteil des Alleinbesitzes von Atomwaffen nicht preisgeben wollten.

Dass es in Europa in den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg nicht zu einem heissen Krieg gekommen ist, ist nicht dem Friedenswillen der USA zu verdanken, sondern der Tatsache, dass es, nachdem die USA ein Atomwaffenverbot abgelehnt hatten, der Sowjetunion gelungen ist, mit gewaltiger Anstrengung in kurzer Zeit ebenfalls Atomwaffen zu entwickeln und herzustellen.

Nicht den USA verdanken wir, dass es nach 1945 in Europa bei einem kalten Krieg geblieben ist, sondern der Tatsache, dass die Sowjetunion im von den USA angeführten Wettrüsten lange Zeit mithalten konnte mit der Folge, dass ein Krieg gegen die Sowjetunion auch für die USA katastrophale Folgen gehabt hätte.

Nach dem Untergang der Sowjetunion hat es dann nicht lange gedauert, bis auch in Europa wieder Bomben gefallen sind. Unter Führung der USA hat die NATO völkerrechtswidrig Serbien bombardiert mit dem Ziel, die letzte Regierung in Mitteleuropa, die sich noch der Hegemonie der USA widersetzt, zu Fall zu bringen.

Den rücksichtslosen Einsatz militärischer Gewalt zur Durchsetzung und Verteidigung der von den Vereinigten Staaten von Amerika dominierten Weltordnung haben die USA grundsätzlich nie gescheut. Dabei hat sie der Wille der Völker, gegen deren Staaten sie Krieg geführt haben, stets nur in zweiter Linie interessiert.

Nur das Risiko, dabei selbst vernichtende Verluste zu erleiden, konnte die USA davon abhalten, das was sie ihre «vital interests» nennen, mit militärischer Aggression geltend zu machen.

Wenn jemand den Frieden in der Welt bewahren kann, dann sind es die Mächte China und Russland, die das wissenschaftlich-technische, militärische und wirtschaftliche Potential haben, die USA und ihre NATO in die Schranken zu weisen und längerfristig kontrollierte und allseitige Abrüstung zu erzwingen.

Stefan Hofer ist ehemaliger Basler-Grossrat und Jurist.



Illustration El Charlee/Revista Anfibia

Chronik eines angekündigten Skandals

Der König ist nackt

Die USA nach dem 3. November: Wenn etwas fehlte, um das Jahr 2020 als das Jahr in Erinnerung zu behalten, in dem das Fundament der amerikanischen Hegemonie zerbröckelte, dann war es diese Krise in ihrem politisch-elektoralen System. Wieder einmal sind die Umfragen gescheitert, und am «Tag danach» zeigen sich sowohl Demokraten als auch Republikaner als Sieger. Während das Wahlspiel noch offen ist, versucht Leandro Morgenfeld anhand von fünf Antworten zu verstehen, warum sich der Niedergang des amerikanischen Imperiums in vollem Gange befindet. Sein Text ist datiert vom 4. November.

Von Leandro Morgenfeld

Die Vereinigten Staaten sind weit davon entfernt, die ideale Gesellschaft zu sein, die sich die Gründerväter vorgestellt haben. Die gegenwärtigen Wahlen stellen ein dystopisches Szenario dar, das von nahezu beispielloser Unsicherheit und Instabilität gekennzeichnet ist. Der ehemalige Vizepräsident Joe Biden gewinnt die Volksabstimmung (er führt mit fast drei Millionen Stimmen) und gewinnt das Wahlkollegium mit knappem Vorsprung, während Donald Trump sich am Wahlabend zum Sieger erklärte, Betrug anprangerte und den Obersten Gerichtshof um Intervention bat.

Es gibt noch viele Zweifel nach einer ewigen Nacht, die nicht gut für das Herz sind, aber wir können bereits einige Schlussfolgerungen vorschlagen.

Die **erste Schlussfolgerung** ist, dass die Vereinigten Staaten eines der schlechtesten Wahlsysteme besitzen, mit vielfältigen Mechanismen, um den Volkswillen zu beugen. Wie in dem kürzlich erschienenen Dokumentarfilm «The Power of the Vote» (Netflix) erklärt wird, funktioniert das elementare Prinzip jeder präsidentialen Demokratie nicht: eine Person, eine Stimme. Wenn dies der Fall wäre, wäre Biden bereits der neue amerikanische Präsident (er gewann 50,1 % zu 48,3 %), und es gäbe keine Diskussion.

Seit George W. Bush private Wahlbeiträge, insbesondere von Konzernen und Lobbyisten, liberalisierte, ist es zudem noch offensichtlicher geworden, dass das, was wirklich existiert, eher eine Plutokratie als eine Demokratie ist. Die geschätzten Gesamtausgaben erreichten vor vier Jahren die astronomische Zahl von 7 Milliarden Dollar. Und der Trend hat sich in diesem Jahr weiter vertieft. Nach Angaben des Center for Responsive Politics (CRP) wird der Wahlprozess zur Wahl des Präsidenten, des Vizepräsidenten, der Abgeordneten und Senatoren die astronomische Zahl von 10,838 Milliarden Dollar erreichen, 50% mehr als vor vier Jahren. Die Brieftasche tötet den Willen des Volkes.

Die **zweite Schlussfolgerung** ist, dass Joe Biden ein lausiger Kandidat war, auch wenn er am Ende gewinnt. Mit seiner konservativen Bilanz und als treuer Vertreter des überparteilichen Establishments, der zunehmend Abwehr oder Antipathie erzeugt, hat er bei der Mehrheit der Bürger, die Trump ablehnen (60%, laut Umfragen), keine Begeisterung hervorgerufen. Ein Drittel von Bidens Wählern

gab laut Umfragen an, dass sie ihn nicht aus Verbundenheit gewählt haben, sondern nur, um Trump zu besiegen. Sein mangelndes Charisma, sein Alter (er würde das Amt mit 78 Jahren antreten), Zweifel an seiner psychischen Stabilität, seine konservative Bilanz als Senator (er stimmte z.B. im Gegensatz zu Bernie Sanders oder Barack Obama für die Invasion des Irak im Jahr 2003) und eine Kampagne, die sich auf eine formelle Verteidigung der Demokratie und der Institutionen konzentrierte (wobei er die interessantesten Vorschläge der Plattform der demokratischen Sozialisten ablehnte – der Grüne New Deal, die Anhebung des Mindestlohns, der Ausbau eines universellen Gesundheitssystems, der Schuldenerlass für Universitätsstudenten, die Regulierung des Waffenbesitzes oder die Defizitfinanzierung der Polizei) verdeutlicht das eigentliche Versagen der «zentristischen» Strategie. Alexandria Ocasio-Cortez ihrerseits übte harsche Kritik am Scheitern der Kampagne der Demokraten zur Gewinnung der hispanischen Stimmen in Florida, wo Trump die Führung von vor vier Jahren verteidigen konnte.

Die **dritte Schlussfolgerung** ist, dass sich die wirtschaftliche, soziale und politische Kluft nicht nur nicht schloss sondern sich gerade erst vertieft hat. Trump kündigte an, dass er die Herrschaft nicht abgeben wird, ermächtigte bewaffnete Milizen, die am Wahltag in mehreren Städten aufmarschierten und zum Kampf bereit sind, und provozierte eine politisch-institutionelle Krise mit sehr wenig historischen Parallelen. Im gegenüberliegenden Lager wird die Mobilisierung des Volkes es dem amtierenden Präsidenten nicht erlauben, die Wahl zu stehlen, wie es Bush Jr. getan hat. In den frühen Morgenstunden nach dem Wahldienstag gab es Anti-Trump-Mobilisierungen um ein Weisses Haus, das von Schutzgittern umzäunt war.

Die **vierte Schlussfolgerung** ist, dass am Wahlabend eine notwendige altersmässige und politische Erneuerung konsolidiert wurde, die die Zusammensetzung des Kongresses verändert. Es wurden junge Vertreter der Linken gewählt, die das demokratische Establishment herausfordern. Neben Ocasio Cortez wurden auch die drei anderen Mitglieder der «Viererbände» wiedergewählt, die sich in den letzten zwei Jahren immer wieder von Trump gebrandmarkt sahen: Ilhan Omar, Rashida Tlaib und Ayanna Pressley. Darüber hinaus erreichte Schwester Cori Bush, Mitglied der Black Lives Matter-Bewegung und

Angehörige der Fraktion, die Sanders zugerechnet wird, als erste Frau afrikanischer Abstammung aus Missouri das Repräsentantenhaus. Zu ihnen gesellt sich u.a. der Demokrat Jamaal Bowman, der den Sitz im 16. Bezirk (Bronx) mit 83% der Stimmen gewann und den Konservativen Patrick McManus besiegte. Sarah McBride wird zudem die erste Transsenatorin sein: Sie gewann mit 86% der Stimmen in Delaware, und es gibt eine Rekordzahl von LGBTQ+-Dissidenten, die in die Parlamente gewählt wurden.

In den nächsten Stunden wird nicht nur ein palastwürdiger Kampf ausgefochten (wird das republikanische Establishment zerbrechen, wenn Trump sich weigert, den Sieg zuzugestehen? Was werden die Richter des Obersten Gerichtshofs tun? Wie wird die Nachfolge des Präsidenten geregelt, wenn es einen wochenlangen Machtkampf gibt?). Es wird auch zu Konfrontationen auf den Strassen kommen, wie wir sie seit der Ermordung von George Floyd vor fünf Monaten gesehen haben, die eine anhaltende und massive Massenmobilisierung gegen Rassismus und Polizeibrutalität provoziert hat. Sollte sich die Niederlage Trumps bestätigen, wäre dies ein grosser Triumph für die Frauen, Immigranten, Arbeiter, Umweltschützer, Menschen afrikanischer Abstammung, Studenten, Hispanics, Wissenschaftler und Künstler, die seit vier Jahren gegen Trumps regressive, rechtsfeindliche Agenda kämpfen.

Die **fünfte Schlussfolgerung** ist, dass dieser seit Wochen vorhergesehene chaotische Wahlprozess die Offenbarung des US-amerikanischen Hegemonialverfalls ist. Dieser Verfall begann schon vor einigen Jahren, wurde aber durch die Systemkrise – im Gesundheits-, Wirtschafts-, Sozial- und Politikbereich –, die die Führung der Vereinigten Staaten in diesem Jahr erschütterte, noch vertieft. Der chaotische Ausgang des laufenden Wahlprozesses wiederum wird diesen Niedergang weiter vorantreiben. Und angesichts der Rolle, die ihre Elite in dieser Zeit spielt, wird sich das Image der US-Regierung weiterhin verschlechtern. Die Vereinigten Staaten befinden sich in einem heftigen geopolitischen Streit mit China. Wegen ihrer Unfähigkeit, eine globale Antwort auf die Pandemie und die Wirtschaftskrise voranzutreiben, stösst Trump heute weltweit auf viel weniger Zustimmung als führende Politiker wie Merkel, Xi Jinping oder Putin. Seine Entscheidung, vor Abschluss der Stimmenauszählung Betrug zu insinuieren, bestätigt die Befürchtungen, die durch seine Drohungen in den letzten Wochen aufgekomen sind.

Wenn etwas fehlte, um das Jahr 2020 als das Jahr in Erinnerung zu behalten, in dem ein guter Teil des Fundaments, auf dem die globale Führung der USA aufgebaut wurde, zerbröckelte, dann war es diese Krise in ihrem politisch-wahlrechtlichen System.

Die Vereinigten Staaten haben keine industrielle oder technologische Vormachtstellung mehr. Trumpf schien die Führung der multilateralen Institutionen aufzugeben, auf denen sein Land nach dem Zweiten Weltkrieg seine Rolle als globale Führungsmacht aufgebaut hatte. Nach dem 3. November wird es für die USA nicht mehr leicht sein, zu behaupten, sie seien das Vorbild für Demokratie, Republik und politisches System. Zwar besitzen sie weiterhin die militärische Überlegenheit. Aber das reicht für eine hegemoniale Herrschaft nicht aus. Der König ist nackt. Der Niedergang des amerikanischen Imperiums ist bereits in vollem Gange.

Leandro Morgenfeld ist Professor an der Universität von Buenos Aires.

Quelle: Revista Anfibia, Kürzung und Übersetzung UW.



Weltfriedenstag vom 21. September 2020: Mahnwache der Schweizerischen Friedensbewegung für Julian Assange auf dem Basler Marktplatz. Foto Seyhan Karakuyu

Auslieferungsverfahren gegen Julian Assange Der Rachefeldzug

Nach Corona-bedingtem Unterbruch wurden im Oktober im Londoner Old Bailey die Anhörungen im Auslieferungsverfahren gegen den australischen Journalisten Julian Assange beendet. Am 4. Januar 2021 will Richterin Vanessa Baraitser bekannt geben, ob der Wikileaks-Gründer an die USA ausgeliefert werden soll oder nicht. So oder so dürfte auch dannzumal das letzte Wort noch nicht gesprochen worden sein.

Das australische Arena Magazine hat Filmer John Pilger, der als einer der wenigen Journalisten dem Verfahren persönlich bewohnen konnte, über die Haft- und Prozessbedingungen im Fall Assange befragt.

Von Timothy Erik Ström

«Ich glaube, ich verliere den Verstand», sagte Julian Assange seinem Freund, dem australischen Journalisten und Dokumentarfilmer John Pilger, als dieser ihn in seiner Gefängniszelle besuchte. Und verwunderlich wäre das nicht. Die Bedingungen, unter denen das Auslieferungsverfahren gegen den WikiLeaks-Gründer in Grossbritannien stattfindet, sprechen allen Vorstellungen von fairer Justiz Hohn. Verfahrensregeln werden ausser Kraft gesetzt, die Würde des Gefangenen wird auf schockierende Weise verletzt und wie in einem in Diktaturen üblichen Schauprozess scheint das Urteil schon von Anfang an festzustehen. Was hier abläuft, so Pilger, ist kein ordentliches Gerichtsverfahren mehr, es ist ein Vernichtungsfeldzug gegen einen missliebigen politischen Gegner. Selbst gegenüber einem Schuldigen wären diese Haft- und Prozessbedingungen eine Schande – erst recht sind sie es gegenüber einem Mann, der der Weltöffentlichkeit mit der Aufdeckung schwerer Kriegsverbrechen einen grossen Dienst erwiesen hat.

John Pilger, gebürtiger Australier, war viele Jahre Auslandskorrespondent und Kriegsreporter und ist heute Autor und Dokumentarfilmer. Er hat zahlreiche internationale Preise gewonnen, darunter die Goldmedaille der United Nations Association. Er ist einer von nur zwei Journalisten, die zweimal zum «Journalist of the Year», der höchsten Auszeichnung im britischen Journalismus, ernannt wurden. Seinen Dokumentarfilm «Cambodia Year Zero» aus dem Jahr 1979 zählt das British Film Institute zu den zehn wichtigsten Dokumentationen des 20. Jahrhunderts. Sein aktueller Film ist «The Coming War on China».

Timothy Erik Ström ist ein freiberuflicher Schriftsteller und Universitätsprofessor, der in Melbourne in Australien lebt. Er ist der Autor von «Globalization and Surveillance» und veröffentlicht seine Texte auf seiner Website «The Sorcerer's Apparatus». Zudem arbeitet er als Online-Redakteur für das Arena Magazine.

Quelle und Übersetzung: rubikon.news. Von der UW-Redaktion gekürzt.

Timothy Erik Ström: Als direkter Beobachter von Assanges Prozess, wie würden Sie die Atmosphäre im Gerichtssaal beschreiben?

John Pilger: Die vorherrschende Atmosphäre war schockierend. Ich sage das, ohne zu zögern: Ich habe in vielen Gerichtsverhandlungen gesessen und selten eine solche Korruption der Verfahrensregeln erlebt; das hier hatte mehr mit Rache zu tun. Das mit «britischer Justiz» verbundene Ritual fehlte ganz, das Prozedere erinnerte stellenweise an einen stalinistischen Schauprozess.

Ein Unterschied ist aber, dass in diesen Schauprozessen der Angeklagte mitten im Gerichtssaal stand. In dem Prozess gegen Assange war der Angeklagte hinter dickem Glas eingesperrt, und wenn er mit seinen Anwälten kommunizieren wollte, musste er, unter den Augen seines Wächters, auf Knien zu einem offenen Schlitz im Glas kriechen. Die Nachricht, die dann ganz leise durch die Atemschutzmasken geflüstert wurde, wurde tatsächlich aufgeschrieben und über die Länge des Saales zu den vorn sitzenden Anwälten durchgereicht, die gegen seine Auslieferung in eine amerikanische Gefängniszelle kämpften. (...)

Wir waren hier für das extremste dessen, was der Philosoph Guy Debord die «Gesellschaft des Spektakels» nannte: ein Mann, der um sein Leben kämpft. Doch sein Verbrechen besteht darin, der Öffentlichkeit einen heldenhaften Dienst erwiesen zu haben, nämlich publik zu machen, was wir ein Recht haben zu wissen: die Lügen unserer Regierungen und die Verbrechen, die sie in unserem Namen begehen. Seine Erfindung von WikiLeaks mit dessen hundertprozentigem Quellenschutz hat den Journalismus revolutioniert und ihn der Vision der Idealisten angenähert. Edmund Burkes Idee eines freien Journalismus als vierte Gewalt ist nun eine fünfte Gewalt geworden, die diejenigen scharf beleuchtet, die mit ihrer kriminellen Geheimniskrämerie der Demokratie selbst schaden und Abbruch tun. Deshalb ist Assanges Bestrafung so extrem.

Die schiere Voreingenommenheit der Gerichte, in denen ich in diesem

und dem letzten Jahr gesessen habe, in Verhandlungen über Julian, spricht jeder Vorstellung von britischer Justiz Hohn. Nachdem die Polizei ihn aus dem Asyl der ecuadorianischen Botschaft davongeschleift hatte – auf dem Foto sieht man ihn ein Buch von Gore Vidal umklammern; Assange hatte einen ähnlichen politischen Humor wie Vidal – verurteilte ein Richter ihn zu ungeheuerlichen 50 Wochen Haft in einem Hochsicherheitsgefängnis – für die blosser Verletzung von Kautionsauflagen.

Monatelang bekam er keine körperliche Bewegung und musste, unter dem Vorwand der Gesundheitsvorsorge, in Einzelhaft bleiben. Er erzählte mir einmal, dass er, an der Längsseite seiner Zelle vor- und zurücktugend, einen halben Marathonlauf absolviert hatte. In der nächsten Zelle befand sich ein Mensch, der die ganze Nacht über schrie.

Zuerst verweigerte man ihm seine Lesebrille, die bei der brutalen Festnahme in der Botschaft zurückgeblieben war. Man verweigerte ihm die juristischen Dokumente, um seinen Fall vorzubereiten, ebenso den Zugang zur Gefängnisbibliothek und die Benutzung eines einfachen Laptop-Computers. Bücher, die ihm ein Freund schicken wollte – der Journalist Charles Glass, ein Überlebender des Geiseldramas von Beirut –, wurden zurückgeschickt. Er konnte nicht mit seinen amerikanischen Anwälten telefonieren. Er wurde von den Gefängnisbehörden ständig unter Medikamente gesetzt. Ich fragte ihn, was für Medikamente – er wusste es nicht. Der Gefängnisdirektor von Belmarsh ist Träger der Auszeichnung «Order of the British Empire».

Im Old Bailey war es die medizinische Sachverständige Dr. Kate Humphrey, eine klinische Neuropsychologin am Imperial College zu London, die den Schaden beschrieb: Julians Intellekt, der früher im oberen oder wahrscheinlich obersten Rand der Verteilung lag, ist «signifikant unter» dieses optimale Niveau gefallen, bis hin zu dem Punkt, wo er kaum noch neue Information verarbeiten kann und im «Bereich des unteren Durchschnitts» abschneidet.

Das ist das, was Professor Nils Melzer, der spezielle UN-Berichtersteller für Folter, als «psychologische Folter» bezeichnet, das Resultat eines bandenartigen Mobbings seitens der Regierungen und ihrer medialen Helfer. Ein Teil der medizinischen Evidenz, die von den Sachverständigen geboten wurde, ist so schockierend, dass ich sie hier nicht wiedergeben werde. Es mag genügen zu sagen, dass Autismus – ein Asperger-Syndrom – diagnostiziert wurde, und es besteht – nach Aussage von Professor Michael Kopelman, einem der führenden Neuropsychiatern der Welt – eine fixe suizidale Neigung, die im Falle einer

Auslieferung an die USA wahrscheinlich zum Suizid führen wird.

James Lewis QC (das QC steht für «Queens Counsel», ein staatlich verliehener Ehrentitel für Anwälte, Anmerkung des Übersetzers), Amerikas britischer Strafverfolger, nutzte den grössten Teil seines Kreuzverhörs mit Professor Kopelman dazu, Geisteskrankheit und ihre Gefahren als «Simulation» erscheinen zu lassen. Ich habe noch nie in einem modernen Rahmen derart primitive Ansichten über menschliche Zerbrechlichkeit und Verwundbarkeit zu hören bekommen.

Meine eigene Einschätzung ist, dass Assange, wenn er freigesprochen wird, gute Chancen hat, einen wichtigen Teil seines Lebens zurückzuerobieren. Er hat eine liebende Partnerin, treue Freunde und Verbündete und die immanente Stärke eines von Prinzipien geleiteten politischen Gefangenen. Hinzu kommt sein Sinn für schwarzen Humor.

Aber das scheint nun in weiter Ferne zu liegen. Die Momente unausgesprochener Einigkeit zwischen der Richterin – einer gothisch anmutenden Beamtin namens Vanessa Baraitser, über die nicht viel bekannt ist – und der für das Trump-Regime arbeitenden Strafverfolgung waren schamlos. Mit Ausnahme der letzten Tage wurden alle Einsprüche der Verteidigung routinemässig abgeschmet-



tert. Der Chefankläger und zurzeit höchster Richter auf den Falklandinseln, James Lewis QC, kriegt im Grossen und Ganzen seinen Willen, zum Beispiel ein Zeitbudget von bis zu vier Stunden, um sachverständige Zeugen zu zerpflücken, während die Kreuzverhöre der Verteidigung nach einer halben Stunde abgebrochen werden. Ich habe keinen Zweifel: Wenn es eine Jury gäbe, würde Julian freigesprochen.

Der Dissident und Künstler Ai Weiwei kam eines Morgens zu uns auf die Besuchergalerie. Er bemerkte, in China würde das Urteil längst feststehen. Dies führte bei uns zu einer Welle von schwarzer Ironie. Mein Nachbar in der Galerie, der scharfsinnige Blogger und britische Ex-Botschafter Craig Murray, schrieb:

«Ich fürchte, dass jetzt über ganz London ein schwerer Regen auf alle die niedergeht, die ein Leben lang in den Institutionen der liberalen Demokratie gearbeitet haben und sich zumindest üblicherweise ungefähr im Rahmen ihrer eigenen verkündeten Prinzipien bewegten. Es war mir vom ersten Tag an klar, dass ich Zeuge einer Farce sein würde.

Es überrascht mich kein bisschen, dass Baraitser nicht glaubt, irgendetwas ausser den schriftlich fixierten Anklagepunkten sei von Belang. Wie ich immer wieder berichtet habe, bringt sie, wenn gerichtliche Entscheidungen zu treffen sind, diese schriftlich vorformuliert mit in den Saal, bevor sie sich die Argumente dazu anhört.

Ich habe den deutlichen Eindruck, dass auch das Urteil in diesem Falle

schon feststand, bevor die Anklage verlesen wurde.

Der Plan der US-Regierung ist es von Anfang an gewesen, die öffentlich zugängliche Information zu limitieren und auch den zugänglichen Teil von den breiten Massen fernzuhalten. Aus diesem Grunde erleben wir die extremen Zugangsbeschränkungen – sowohl für physischen Zugang als auch für den Zugang zum Videostream. Mit im Boot sitzen die Mainstreammedien und sorgen dafür, dass nur die wenigsten Menschen in der Bevölkerung wissen, was vor sich geht. (...)

Welche Folgen wird das Urteil in diesem Verfahren für den Journalismus allgemein haben – ist es ein Omen für die Zukunft?

Der «Assange-Effekt» ist jetzt schon rund um die Welt wahrnehmbar. Investigativjournalisten, die das Regime in Washington verärgern, müssen mit Verfolgung unter dem «US Espionage Act» von 1917 rechnen, sobald es den Präzedenzfall gibt. Es spielt keine Rolle, wo du bist. Für Washington spielte die Nationalität und Souveränität anderer Leute schon bisher kaum eine Rolle, nun existiert dieser Faktor überhaupt nicht mehr. Grossbritannien hat seine Jurisdiktion de facto dem korrupten Justizministerium Trumps unterstellt. In Australien gibt es jetzt einen «National Security Information Act», der bei Übertretungen kafkaeske Gerichtsverhandlungen erwarten lässt. (...)

Nachdem Sie die Geschichte von WikiLeaks über eine Dekade lang verfolgt haben, wie hat dies Ihr Verständnis davon beeinflusst, was in dem Verfahren von Assange auf dem Spiel steht?

Ich kritisiere seit Langem den Journalismus als ein Echo von unkontrollierter Macht und als Verstärker der jeweiligen Trendsetter. Deshalb war für mich die Entstehung von WikiLeaks so entscheidend. Ich bewunderte Assanges Art, der Öffentlichkeit mit Respekt zu begegnen. Er war bereit, mit dem «Mainstream» zusammenzuarbeiten, aber nicht, ihrem verschworenen Club beizutreten. Dies, zusammen mit nacktem Neid, verschaffte ihm Feinde unter den Überbezahlten und Unbegabten, die mit ihrer angeblichen Unabhängigkeit und Überparteilichkeit auf dünnem Eis stehen. (...)

Was für den Rest von uns auf dem Spiel steht, war immer schon bedroht: die Freiheit, Rechenschaft von den Autoritäten zu fordern, sie infrage zu stellen, ihnen Heuchelei nachzuweisen, anderer Meinung zu sein. Was sich bis heute geändert hat, ist, dass die imperiale Weltmacht USA noch nie so unsicher bezüglich ihrer metastasierenden Autorität war wie heute. Wie ein um sich schlagender Schurke steuert sie mit uns auf einen Weltkrieg zu, wenn wir es zulassen. Nur selten wird diese Bedrohung in den Medien reflektiert.

WikiLeaks hingegen hat uns einen Einblick gegeben in den ungezügeltten Marsch des Imperiums durch ganze Gesellschaften – denken Sie nur an das Gemetzel im Irak, in Afghanistan, Libyen, Syrien, dem Jemen, denken Sie an die Vertreibung von 37 Millionen Menschen und den Tod von 12 Millionen Männern, Frauen und Kindern, die der «Krieg gegen den Terror» gekostet hat. Das meiste davon geschah verborgen hinter einer täuschenden Fassade.

Julian Assange stellt für diesen periodisch wiederkehrenden Horror eine Bedrohung dar – das ist der Grund, warum er verfolgt wird, warum ein Gericht zum Unterdrückungswerkzeug geworden ist, warum er unser kollektives Gewissen sein sollte, warum wir alle diese Bedrohung blossstellen sollten.



Chinesische Flagge über lateinamerikanischen Sojafeldern. Fotomontage: revistaanfibia.com

Veränderte Essgewohnheiten schaffen neuen Bedarf

China lebt nicht vom Reis allein

In China leben 23% der Weltbevölkerung, doch stehen dem Land nur 7% der weltweiten Anbauflächen zur Verfügung. Deswegen durchkämmt es die Welt, um die Teller seiner ständig wachsenden städtischen Mittelschicht zu füllen. In Lateinamerika fand es fruchtbaren Boden für die Gewinnung von Soja, Fleisch, Obst und Fisch. Und die Möglichkeit, missliebige ökologische und soziale Auswirkungen auszulagern.

Von Fermín Koop

Das bunte Labyrinth aus gestapelten Containern sieht aus wie ein Mosaik. Was die Behälter transportieren, bleibt dem Auge verborgen, und die Stapel sind so hoch, dass auch der Fluss nicht zu sehen ist. Kosmopolitische Besatzungsmitglieder sprechen in verschiedenen Sprachen. Der Fischgeruch dringt überall durch, selbst bis zum Kreuzfahrtterminal mit den Touristen. Kontrollierter Zugang, Sicherheit und Augen, die jeden Schritt beobachten. Das Gelände ist riesig und umfasst mehr als 100 Hektar. Gearbeitet wird rund um die Uhr. Der Hafen von Montevideo, Uruguay, steckt voller Überraschungen.

Dieses Land mit vier Millionen Einwohnern verfügt über einen Hafen, der mit Jamaikas Port Royal zu Zeiten der Piraten verglichen werden könnte. Er gilt als die weltweit zweitgrösste Umschlaganlage für Fisch, der im Verdacht steht, gesetzeswidrig beschafft worden zu sein. Hunderte von Schiffen ankern hier während ihren illegalen Überfahrten auf der Suche nach Tintenfischen, Haien und anderen von Überfischung bedrohten Arten. Es sind chinesische Boote.

Mittelschicht mit andern Ernährungsgewohnheiten

Denn China – mit mehr als einer Milliarde Menschen – hat einen doppelt so hohen Pro-Kopf-Fischkonsum wie der Weltdurchschnitt und hat die meisten Ressourcen auf seinem Territorium bereits erschöpft. Um die Teller zu füllen, nähert es sich dem Pazifik und dem Atlantik mit Hunderten von Schiffen, die von den reichlich vorhandenen Ressourcen und der mangelnden Kontrolle in den lateinamerikanischen Gewässern profitieren. Dabei nutzen sie den uruguayischen Hafen und andere in der Region.

Aber die Fischerei ist nur ein Teil dieser Geschichte. Mit einem unersättlichen Appetit kommt China hierher auf der Suche nach allen möglichen Nahrungsmitteln für seine Bürger, die 23% der Weltbevölkerung ausmachen: Weil es nicht produzieren kann, was es braucht, da nur 14% seines Territoriums für die Landwirtschaft geeignet sind. Weil es eine expandierende Mittelschicht ernähren muss, die ihre Ernährung ändert und immer mehr Fleisch will.

Zusätzlich zu diesen Fischerbooten gibt es Tausende chinesischer Schif-

fe, die unsere Meere legal durchpflügen, beladen mit Sojabohnen, Fleisch, Obst, Gemüse, Wein und sonstigen Produkten, unterwegs in riesigen Containern ans andere Ende der Welt.

Das ist nur eine kleine Liste dessen, was regelmässig kommt und geht, denn in den letzten zwei Jahrzehnten ist China zum wichtigsten Handelspartner der meisten Länder in der Region geworden.

«China sucht nach dem Besten für seine Bevölkerung, aber irgendjemand öffnet hier die Tür», sagt Ariel Slipak, Wirtschaftswissenschaftler und Professor an der Universität von Buenos Aires.

«Das mächtige Land wird von natürlichen Ressourcen und Nahrungsmitteln angezogen. Unsere Regierung sieht darin den Kreditgeber und den Investor, der die Vereinigten Staaten und Europa bereits verdrängt hat. Diese Handelsbeziehung impliziert nicht nur Geschäfte: sie verändert auch unsere Produktionsmodelle. Sie hat die Konsolidierung des agro-extraktivistischen Modells ermöglicht. Rekordpreise für Nahrungsmittel, Getreide, Rohstoffe und eine ausserordentliche Rentabilität haben zusammen mit der Wiederherstellung der Primärwirtschaft und ökologischen und sozialen Konflikten eine asymmetrische Dynamik ausgelöst, um es vorsichtig auszudrücken. China externalisiert Umwelt- und Sozialprobleme. Wir exportieren nicht nur Soja und Fleisch, sondern auch Wasser und natürliche Ressourcen», warnt Slipak.

Ernährungssicherheit

China weiss, dass es sich nicht aus eigener Kraft ernähren kann. Es hat es versucht, aber am Ende hat es seine Pläne der Realität angepasst. Im Jahr 1996 hatte es sich zum Ziel gesetzt, 95% des benötigten Getreides und Gemüses zu produzieren, aber sein Beitritt zur WTO im Jahr 2001 und offenere Handelsbeziehungen führten dazu, dass es seine Ziele neu ausrichtete und sich für den internationalen Nahrungsmittelhandel öffnete. Jetzt, da es sich seiner Grenzen bewusst ist, wurde dieses Ziel von 95% auf 80% gesenkt. China begann allmählich, sich durch den internationalen Handel mit einer riesigen Menge an landwirtschaftlichen und tierischen Produkten zu versorgen. «Die Chinesen durchliefen verschiedene Probleme in Bezug auf Effizienz, Umwelt und Produktivität», erklärt Pablo Elver-

din, Strategiekoodinator der Gruppe der Erzeugerländer des Südens (GPS in ihrer spanischen Abkürzung).

Zuerst kauften sie Land, wie sie es in Afrika getan hatten. Aber hier scheiterten die meisten Investitionen, weil sie gegen die Landtitelgesetze versties. «Während sie in Afrika an den Grund und Boden kamen, setzten die Chinesen in Lateinamerika auf die Produktions- und Kommerzialisierungskette mit grossen Unternehmen, von denen viele in Staatsbesitz sind», sagt Ignacio Bartesaghi, ein Spezialist der Katholischen Universität von Uruguay.

Der repräsentativste Fall war der Kauf des Agrobusiness-Multis Nidera und des lateinamerikanischen Sojaproduzenten Noble durch das staatliche chinesische Unternehmen COFCO in den Jahren 2014 bzw. 2016. Noble ist in Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay in den Sektoren Soja, Kaffee, Zuckerrohr, Biodiesel und Baumwolle tätig. Nidera ist in Argentinien und Brasilien ansässig und verfügt über eine grosse Lagerkapazität und eigene Häfen für den Transport von Nahrungsmittelgetreide und Düngemitteln.

China kauft auch Transport-, Logistik- und Marketingfirmen auf, was die Handelskosten senkt. Hervorzuheben sind die Geschäfte der staatlichen chinesischen CGC mit Molin oder Cañuelas (Soja) sowie die Investitionen der Chongqing Grain Group, Sanhe und der China National Heavy Machinery Corporation (landwirtschaftliche Infrastruktur) in der Region. Sie tätigen auch bedeutende Investitionen in Saatgut und in die agrochemische Industrie, einem Schlüsselmarkt, da China 40% des weltweit verwendeten Glyphosats produziert. Der Schlüssel dazu war der Kauf von Syngenta, dem weltweit grössten agrochemischen Unternehmen der Welt, durch das staatliche Unternehmen ChemChina im Jahr 2017.

Die Marke

In Lateinamerika ist China mehr als nur ein Käufer, sondern auch derjenige, der Geld zur Verfügung stellt. Seine Rolle als Kredit- und Finanzierungsquelle hat erheblich zugenommen und beläuft sich von 2003 bis heute auf insgesamt 113 Milliarden US-Dollar. Chinesische Banken finanzieren z.B. die Züge von Belgrano Cargas in Argentinien, Projekte für landwirtschaftliche Maschinen in Bolivien und Wasserwege im Amazonasgebiet.

Seine Investitionen bringen Devisen ein, öffnen aber auch die Türen zu sozialen und ökologischen Konflikten. China kauft unser Nahrungsmittelgetreide und auch unsere Was-

serressourcen, Bodennährstoffe und Wälder. Indem China hier produziert, was es zuhause konsumiert, exportiert es seinen Ausstoss von Gasen und Treibhauseffekten. Es kontaminiert sowohl mit seinen Fabriken hier wie mit seinen transatlantischen Transfers.

Die Boote fahren weg, die Probleme bleiben. In Brasilien deckte die Organisation Trase auf, dass die chinesischen Importe von brasilianischem Soja zwischen 2013 und 2017 die Abholzung von 223 000 Hektar verursachten, was einer Fläche entspricht, die doppelt so gross ist wie New York City. Hunderte von Unternehmen sind an der brasilianischen Sojabohnen-Produktionskette beteiligt, aber nur sechs von ihnen konzentrieren 70% des Exportvolumens aus der Region Matopiba: Agrex, Amaggi, LD Commodities, Multigrain, Cargill, Bunge und ADM. Mit anderen Worten, multinationale Unternehmen.

Tonnen von Rindfleisch

Brasilianisches Fleisch geht den gleichen Weg wie Soja, denn 44% des Rindfleischs, das China kauft, kommt aus Brasilien. Steaks, Koteletts und Schnitzel, die exportiert werden, insgesamt 70%, stammen aus gerade mal zwei Regionen: Amazonas und Cerrado, wo die Ausdehnung von Landwirtschaft und Viehzucht gleichbedeutend ist mit immer mehr Abholzung. Bäume werden gefällt, um Platz für Kühe zu schaffen. Die biologische Vielfalt geht verloren und der Ausstoss von Treibhausgasen nimmt zu.

Das Problem wiederholt sich in anderen Ländern. In Argentinien warnen Sozial- und Umweltorganisationen vor einem geplanten Handelsabkommen mit China, das die Schweinefleischproduktion verdoppeln würde: 25 neu errichtete Produktionsstätten sollen in Nordargentinien die Erzeugung von jährlich 900 000 Tonnen Fleisch gestatten. «Die Einrichtung dieser Schweinefarmen in den Provinzen, die in den vergangenen Jahrzehnten stark abgeholzt wurden, wird erneuten Druck auf die Wälder ausüben, da die Nachfrage nach Mais und Soja für die Fütterung der Tiere deutlich steigen wird», warnt Hernan Gardini, ein Waldexperte und Mitglied von Greenpeace. «Das widerspricht den Massnahmen, die notwendig sind, um der Gesundheits- und Klimakrise zu begegnen».

Auf der Lauer

Das Meer ist die andere Abbaufont für China in Lateinamerika. Während der letzten Jahrzehnte expandierte die chinesische Fischereitätigkeit weltweit: die Flotte der Fernfischereiboote stieg von 1 830 im Jahr 2012 auf fast 3 000 heute.

In diesen so genannten «fernen Gewässern» suchen die unter roter Flagge fahrenden Schiffe die Weltmeere nach Tintenfischen ab, die dann in China konsumiert, aber auch in die Vereinigten Staaten und nach Europa exportiert werden.

«Es ist unmöglich, die Schiffe zu kontrollieren, selbst durch Satelliten, da sie ihre Ortungssysteme abschalten. Man muss vor Ort sein, und das kostet die Regierungen Millionen», erklärt Milko Schwartzman, ein Spezialist für Meeresschutz. Er schätzt, dass es zu den Hauptfangzeiten im Südpazifik mehr als 300 solcher Boote gibt, während im Südatlantik über 500 unterwegs sind. Die Regierungen der Region geben ihnen keine Fischfanglizenzen, aber sie machen ihnen auch keinen Strich durch die Rechnung.

Chinesische Boote lauern, als warteten sie auf einen Raubzug. Sie scheinen zu schlafen oder abgelenkt zu sein, aber das sind sie nicht.

Fermín Koop ist ein argentinischer Journalist. Quelle: Anfibia/Tlaxcala-int.org. Übersetzung UW

50 Staaten für ein Atomwaffen-Verbot

Die weltweite Kampagne zur Ächtung von Atomwaffen hat einen Meilenstein erreicht: Mit Honduras hat am 24. Oktober das 50. Land den UNO-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen ratifiziert. Damit tritt der Vertrag am 22. Januar 2021 in Kraft.

UN-Generalsekretär Antonio Guterres erklärte, der Vertrag stelle eine «bedeutende Verpflichtung hin zu einer kompletten Abschaffung von Nuklearwaffen» dar.

Die USA, Russland, China, Grossbritannien, Frankreich, Pakistan, Indien, Israel und Nordkorea haben den Vertrag bisher nicht unterzeichnet. Sämtliche Mitgliedstaaten der NATO weigern sich, dem Vertragswerk beizutreten oder – wie das NATO-Partnerschaftsland Schweiz – führen um den Beitritt einen Eiertanz auf, weil die NATO die «nukleare Abschreckung» zur Strategie des Bündnisses erklärt hat und weitere Verbündete mit dem angeblichen «nuklearen Schirm» ködern.

In dem ab Januar völkerrechtlich bindenden Dokument verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, «nie, unter keinen Umständen» Atomwaffen zu entwickeln, herzustellen, anzuschaffen, zu besitzen oder zu lagern. Der Vertrag geht auf eine Initiative der Internationalen Kampagne zur Atomaren Abrüstung (ICAN) zurück, die 2017 den Friedensnobelpreis erhielt, und ist eine Honorierung des Jahrzehnte dauernden hartnäckigen Einsatzes der weltweiten Friedensbewegung zur Ächtung und Eliminierung der Atombomben. (UZ/UW)



Gerhard Feldbauer, Mussolini und kein Ende? Die Saat ist fruchtbar noch. PapyRossa, Köln 2020

Der ehemalige ADN-Korrespondent in Rom und Hanoi, Gerhard Feldbauer, geht in seinem neusten Werk der Frage nach, wie es dem italienischen Faschismus gelang, 50 Jahre nach seiner Niederlage wiederum bis in die Regierung vorzustossen und sich dort erneut mehr als zehn Jahre lang festzusetzen.

Im historischen Kontext von Faschismus und Antifaschismus deckt der auch für die UW tätige Autor die vielfältigen Ursachen auf, von äusseren Faktoren bis zur verhängnisvollen Haltung der zunehmend zersplitterten Linken Italiens.

Erhältlich in jeder Buchhandlung, beispielsweise bei Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, Telefon: 061 261 02 89, Mail: buecher-waser@bluwien.ch



Rechtswidriges Gebaren von Basler Banken

Washingtons langer Arm

Schweizer Banken machen sich zum Erfüllungsgehilfen der USA und verweigern Überweisungen an Kuba-Solidaritätsorganisationen.

Von Volker Hermsdorf

Der lange Arm Washingtons reicht bis in die Chefetagen der einst für ihre Unabhängigkeit und Diskretion bekannten Schweizer Banken. Kunden der Basler Kantonalbank (BKB) und ihrer – bis vor einigen Jahren noch der Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung nahestehenden – Tochter Bank Cler werfen den Instituten vor, sich zum Erfüllungsgehilfen der USA zu machen und die Blockade gegen Kuba umzusetzen. Nachdem die Regierung von Donald Trump die Sanktionen gegen die Insel mit dem erklärten Ziel verschärft hatte, deren Wirtschaft «zu erdrosseln», haben beide Bankhäuser seit 2019 in mehreren Fällen inländische Überweisungen an Hilfs- und Solidaritätsorganisationen verweigert. In Zürich kündigte die Bank Cler der «Vereinigung Schweiz–Cuba» (VSC/ASC) sogar das Konto.

Auf einer Pressekonferenz in Bern klagten VSC/ASC-Vertreter René Lechleiter und der Berner Jurist Willi Egloff am 28. Oktober die beiden Finanzinstitute an, damit «gegen gesetzliche Vorschriften zu verstossen». Sie forderten vom Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, als oberste Aufsichtsbehörde das «rechtswidrige Gebaren zu beenden». Am Vortag hatten betroffene Kunden in mehreren Städten vor Filialen der Institute bereits dagegen protestiert, dass durch eine erst jetzt bekanntgewordene Eskalation der extraterritorialen Auswirkungen der US-Sanktionen auch ihre Rechte als eidgenössische Bürger verletzt würden.

Die Banken hatten ihre Massnahmen mit einer «zunehmenden Verschärfung der gesetzlichen Vorschriften durch die US-Regierung»

begründet und erklärt, ihre Geschäftspolitik wegen der «damit verbundenen Rechtsrisiken im internationalen Zahlungsverkehr» entsprechend angepasst zu haben. Es könne «nicht ausgeschlossen werden, dass inner-schweizerische Transaktionen potentiell von den Sanktionsmassnahmen betroffen sind, wenn die ausführende Bank Kenntnis hat, dass die Gelder an einen sanktionierten Staat gelangen».

Diese Argumentation sei sowohl aus rechtlicher als auch aus staatspolitischer Sicht völlig unhaltbar, erklärte Rechtsanwalt Egloff. «Banken bieten öffentliche Leistungen an und haben nicht das Recht, diese Dienstleistungen einzelnen Personen oder Gruppen zu verweigern.» Möglicherweise stelle das Verhalten sogar eine strafbare Diskriminierung dar, sagte er. Die Veranstalter räumten vor der Presse ein, dass zwar auch die Grossbank Credit Suisse seit 2014 inländische Überweisungen ablehne, wenn diese im Zusammenhang mit Kuba stünden, doch davon unterscheide sich der aktuelle Vorgang dadurch, dass die BKB wie die Bank Cler unter staatlicher Kontrolle stünden, mit Staatsgarantien arbeiten und einen gesetzlichen Leistungsauftrag haben.

Der Präsident der VSC-Sektion Basel, Samuel Wanitsch, wies die Aufsichtsbehörde darauf hin, dass es in den aktuellen Fällen «nicht um den Zahlungsverkehr nach Kuba, sondern um innerschweizerische Transaktionen» gehe. Er betonte aber zugleich, dass «die US-Blockade nach Auffassung der Vereinten Nationen völkerrechtswidrig ist und auch die Schweiz die Aufhebung der Sanktionen» fordere. Trotzdem sei der internationale Zahlungsverkehr nach Kuba seit längerer Zeit mit grossen Hürden verbunden, und mittlerweile führe

keine Schweizer Bank mehr uneingeschränkt Überweisungen dorthin aus, kritisierte Wanitsch.

Auch die Postfinance, ebenfalls eine Bank mit Staatsgarantie, hat den Zahlungsverkehr nach Kuba Mitte 2019 eingestellt. Davon ist unter anderem die 1992 gegründete Hilfsorganisation «Medicuba Suisse» betroffen, die ihre humanitäre Unterstützung für das kubanische Gesundheitswesen seitdem nur noch aufgrund einer Ausnahmegewilligung weiterhin über Postfinance abwickeln kann. Dadurch, so der Arzt und Vizepräsident der Organisation, Franco Cavalli, habe die Organisation mit rund 1,5 Millio-



Wie hier in Bern fanden am 27. Oktober in verschiedenen Schweizer Städten vor den Filialen der Bank CLER Mahnwachen gegen die Komplizenschaft der Bank mit der antikubanischen Politik der USA statt. Foto zvg

nen Franken ein Projekt unterstützen können, dass in Kuba für die epidemiologische Kontrolle aller Infektionen zuständig ist. «Wir konnten neue Laboratorien aufbauen und mit den modernsten Mitteln der mikrobiologischen Diagnostik ausstatten, was Kuba jetzt in die Lage versetzt, das diagnostische Material herzustellen, um Covid-19 zu diagnostizieren», erklärte der Mediziner. Zur Zeit bestehe ein enger Kontakt mit den kubanischen Gesundheitsbehörden, um sie bei der Entwicklung eines Impfstoffes gegen das Coronavirus zu unterstützen, verwies Cavalli auf weitere Projekte.

Doch auch Mitglieder und Unterstützer von Medicuba Suisse hatten mehrfach berichtet, dass ihre inländischen Beitrags- oder Spendenüberweisungen blockiert worden seien. VSC/ASC-Sprecher Lechleiter nannte es «ungeheuerlich, dass Schweizer Banken heimlich die in Franken erteilten Zahlungsaufträge an Konten von Schweizer Vereinen durchleuchten und unter Umständen nicht ausführen». Die Bank Cler habe ihren Kunden zudem mit Wirkung vom 1. Januar 2020 mitgeteilt, dass «Daten, die ins Ausland gelangen, dort nicht mehr vom schweizerischen Recht geschützt» seien. «Wie gelangen Daten von Schweizer Konten ins Ausland? Wer beschneift da wen? Und zu welchem Zweck?» hinterfragte Lechleiter die offenkundige Verletzung des berühmten eidgenössischen Bankheimnisses.

Quelle: Junge Welt / jungewelt.de

Kriegsgeschäfte-Initiative

JA der Solidarität

Am 29. November kommt die Kriegsgeschäfte-Initiative zur Abstimmung. «Die Kriegsgeschäfte-Initiative will verhindern, dass Schweizer Geld dort angelegt wird, wo die Menschheit zu Schaden kommt», erklärte GSoA-Sekretär Thomas Bruchez an der Pressekonferenz des Initiativkomitees am 1. Oktober 2020 in Bern. Ein JA zur Initiative ist ein JA zu einem verantwortungsvollen Finanzplatz, zu einer solidarischen und verantwortungsvollen Schweiz und zu Geldanlagen, die nicht in Waffen und Krieg investiert werden.

Von Julia Küng

Die Schweiz setzt sich als neutrales Land mit humanitärer Tradition für Menschenrechte, Frieden und diplomatische Lösungen ein. Gleichzeitig Milliarden Schweizer Franken in Kriege und Konflikte zu investieren, ist unvereinbar mit der Schweizer Neutralität. Denn Neutralität ist mehr als ein aussenpolitisches Instrument. Sie ist ein Versprechen, Konflikte so zu lösen, dass auch in Zukunft keine Interessen mit Waffengewalt durch-

gesetzt werden müssen. Neutralität betrifft deswegen alle politischen Bereiche eines Landes: Auch die Innenpolitik, auch die Finanzpolitik, auch die Exportpolitik. Die Schweiz ist erst dann ein glaubwürdiger neutraler Staat, wenn sich die Neutralität nicht auf die Aussenpolitik beschränkt. Denn: Ein neutraler Staat darf sich nicht in die Lage versetzen, die eigenen Neutralitätspflichten im Falle eines zukünftigen Konfliktes verletzen zu müssen. Sich an der Finanzierung von Kriegsmaterialproduktion zu beteiligen stellt allerdings eigentlich eine Verletzung des Neutralitätsrechts dar, da die mit unserem Geld finanzierten Waffen an Parteien verkauft werden, die sie in Konflikten einsetzen. Die Schweiz hat somit Partei ergriffen: Für all jene, die die von der Schweiz mitfinanzierten Produkte verwenden. Die Kriegsgeschäfte-Initiative ist der richtige Weg, unsere Neutralität gegen innen und aussen zu stärken.

Der dritte Punkt, auf den ich eingehen möchte, ist die Umwelt. Klimakrise und Umweltschutz sind momentan – berechtigterweise – in aller Munde. Kaum einmal aber wird dabei die Rolle der Rüstungsindustrie und des internationalen Wetrüstens beleuchtet. Tatsache ist aber: Die Rüstungsindustrie gehört zu den dreckigsten Sektoren überhaupt und verpestet die Umwelt durch die Produktion und den Einsatz von Kriegsmaterial doppelt.

Gleichzeitig ist die Rüstungsindustrie ein Sektor, der sich quasi selbst alimentiert: Das internationale Wetrüsten führt dazu, dass die Rüstungsindustrie mehr und mehr produziert und verkauft. Da kein Land bereits scheint, den Unsinn dieser Dynamik zu zerbrechen, steigt der Umsatz der internationalen Waffenindustrie von Jahr zu Jahr – trotz aller Bestrebungen, die Welt sicherer und friedlicher zu machen und Konflikte präventiv zu lösen. Dieses internationale Wetrüsten ist ein Pulverfass. Bei jedem potentiellen Konflikt sind Unmengen von Waffen vorhanden, deren Einsatz katastrophale Auswirkungen hat. Das Wetrüsten ist aber gerade wegen seiner Eigendynamik ein attraktiver Investitionsplatz: Es ist ein Sektor, der unabhängig von konkretem Bedarf wächst, innovationsstark ist und – tragischerweise – breit akzeptiert ist. Von der breiten Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, lobbyiert die Rüstungsindustrie in den politischen Chefetagen von Staaten und internationalen Organisationen und in den Sicherheits- und Verteidigungsdepartementen aller Länder. Und zwar ganz nach dem Schema: ihr braucht mich, weil andere mich brauchen. Und so wird immer weiter an dem Pulverfass gearbeitet, das zu allem hin auch noch in schändlichster Weise unsere Umwelt verpestet. Die Kriegsgeschäfte-Initiative kann diese Verbindung zwischen dem Bereitstellen von Finanzmitteln und dem Wetrüsten aufzeigen. Sie macht zudem den längst überfälligen Link zwischen Rüstungsindustrie und der Umweltverschmutzung. Als Land, das sich konsequent für Frieden und Sicherheit einsetzt, wäre die Annahme der Kriegsgeschäfte-Initiative hier in mehrfacher Hinsicht ein starkes Zeichen.

Quelle: Aus dem Redebeitrag von Julia Küng, Co-Präsidentin der Jungen Grünen, an der Pressekonferenz des Initiativkomitees vom 1. Oktober 2020

Klima und Aufrüstung

Ausgetrocknete Böden, zerstörte Dörfer und Städte, Vertreibungen aufgrund des steigenden Meeresspiegels: Die Klimakrise birgt ein enormes Konfliktpotential. Eigentlich sollte sich Sicherheitspolitik deshalb in erster Linie um die Verhinderung der Klimakrise kümmern. Die Realität sieht anders aus: Noch immer wird unter Sicherheitspolitik ausschliesslich Aufrüstung und Militarisierung verstanden. Dabei gehören Militär und Krieg zu den Hauptverursachern von Treibhausgasemissionen, Feinstaubbelastung und Umweltkatastrophen.

Armeen weltweit verursachen enorme Mengen an klimaschädlichen Emissionen. Der Irakkrieg soll laut einer Studie der Nichtregierungsorganisation Oil Change International 141 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoss in vier Jahren verursacht haben. Das entspricht soviel wie 25 Millionen zusätzliche Autos auf Amerikas Strassen über ein ganzes Jahr hinweg. Sogar zu Friedenszeiten zerstört das Militär Ökosysteme durch Bodenvergiftung bei Manövern und Versiegelung für Militäranlagen. Böden werden verschmutzt, Trinkwasser wird verseucht und die Landschaft wird zerstört.

Besonders destruktiv und grausam sind Atomwaffen. Allein Atomwaffentests sind direkt und indirekt für schätzungsweise 2.4 Millionen Tote verantwortlich. Hiroshima und Nagasaki wurden durch Atombombenabwürfe im 2. Weltkrieg fast vollständig zerstört. Noch heute leiden Überlebende an den Spätfolgen der radioaktiven Verstrahlung. Nur schon ein begrenzter Atomkrieg, z.B. zwischen Indien und Pakistan, würde zu einer so starken Feinstaubbelastung führen, dass ein sofortiger radikaler Klimawandel ausgelöst würde. Die Temperaturen würden drastisch abnehmen und es käme zu einem nuklearen Winter. Die Schweiz investierte 2018 1044 USD pro Einwohner*in in Unternehmen, die nukleare Rüstungsgüter herstellen – das ist weit mehr als der internationale Durchschnitt.

Dazu kommt, dass Militär und Kriege riesige finanzielle Mittel beanspruchen, die wir für die Lösung der Klimakrise bräuchten. Eine Abrüstung könnte Gelder für Klima- und Umweltschutz freigeben. Statt in Aufrüstung könnten Schweizer Banken, Pensionskassen und Versicherungen in umweltfreundliche Unternehmen investieren. (kriegsgeschäfte.ch)

«Unblock Cuba»

Seit 60 Jahren wehrt Kuba sich gegen die längste Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, die je gegen ein Land verhängt wurde. Eben solange trotz der Mehrheit der Bevölkerung allen Versuchen der USA, das alternative Gesellschaftsmodell zu zerstören und die Insel wieder dem Diktat multinationaler Konzerne zu unterwerfen. Dazu trägt auch die internationale Solidarität mit dem sozialistischen Kuba bei. Doch neben den von der US-Regierung fast im Wochentakt verschärften Sanktionen unterliegt die Insel auch einer Informationsblockade durch die grossen meinungsbildenden Medien. Diese zu durchbrechen ist das Ziel der internationalen Solidaritätsaktion «Unblock Cuba».

Im deren Rahmen wollen die Organisatoren in zahlreichen europäischen Ländern bis zu der voraussichtlich im Mai 2021 stattfindenden UN-Vollversammlung mit Aktionen und Veranstaltungen und Demonstrationen über die Hintergründe der US-Blockade sowie deren verheerende Folgen für die kubanische Bevölkerung inmitten der Coronapandemie informieren.

Bisher tragen 88 Solidaritätsgruppen, Parteien und Medien in 21 Ländern sowie eine Reihe von Einzelunterstützern die ausschliesslich mit Spenden finanzierte Kampagne mit. In Deutschland ist laut dem «Unblock Cuba»-Aktionsbüro aktuell rund die Hälfte der Kosten für Aktionen, Informationsmaterial, Radiospots und Plakatwände gedeckt. Weitere Unterstützer – Organisationen wie auch Einzelpersonen – sind jedoch willkommen und nötig.

Gegen eine freiwillige Kostenbeteiligung können ausserdem Aktionspakete mit Plakaten, Flyern und Aufklebern angefordert werden. Ebenso stehen unentgeltlich Bilder und Banner zur Verfügung, die auf Webseiten, Blogs und Social-Media-Kanälen eingebunden werden können, um für die Aktion zu werben. Informationen über den Stand der Kampagne werden auf der Homepage www.unblock-cuba.org laufend aktualisiert. (vh)



Kundgebung vom 25. September 2020 nach der behördlich verfügten Auflösung des Protestcamps. Foto climatestrike.ch/lom

Die Jugendbewegung zur Verteidigung des Planeten

Unterstützung aus Brasilien

Die Besetzung des Berner Bundesplatzes durch die Klimajugend in der vierten Septemberwoche hat ihren Widerhall bis nach Brasilien gefunden, wie uns der brasilianische Journalist Franklin Frederik berichtet. In seinem Land, das unter der rücksichtslosen Ausbeutung und Umwelterstörung durch multinationale Unternehmen leidet, finden Aktionen wie jene von Bern grosse Beachtung. Wir dokumentieren seinen Beitrag, den er u.a. für brasilianische Medien geschrieben hat.

Von Franklin Frederik

In den frühen Morgenstunden des Montags, 21. September, besetzten zahlreiche Jugendliche aus der Schweizer Klimastreikbewegung den Berner Bundesplatz. Die Jugendlichen bauten mehrere Zelte und Strukturen auf, in denen Treffen und kleine Veranstaltungen abgehalten werden konnten. Diese Besetzung war sehr gut organisiert und respektierte die gegenwärtigen Bedingungen, in denen wir uns befinden – praktisch ALLE Jugendlichen und die an der Besetzung Beteiligten trugen wegen der COVID-19-Pandemie Masken. Hauptziel dieser Aktion war es, auf die Dringlichkeit der Klimakrise aufmerksam zu machen und von der Schweizer Regierung konkrete Massnahmen gegen die Klimaerwärmung einzufordern. So wie es in dem Dokument mit den Forderungen der Bewegung steht:

«Seit Jahren gehen auf der ganzen Welt Millionen für eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft auf die Strasse. Die Dringlichkeit des Problems widerspiegelt sich jedoch keineswegs in den politischen Prozessen der Schweizer Politik. So werden Bereiche wie der Agrarsektor oder der Finanzplatz in der Schweizer Klimapolitik nahezu komplett ausgeblendet, obwohl diese massgeblich für die Umweltzerstörung und die Klimakrise verantwortlich sind. Gleichzeitig hängt die Spitze der Wirtschaft immer noch dem Märchen vom ewigen Wachstum an. Sie interessieren sich nicht für unsere Zukunft und möchten nur ihr Geld und ihren Einfluss mehren. Wir, die wir uns um eine lebenswerte Zukunft für alle sorgen, fühlen uns von der Politik im Stich gelassen.

Das bestehende politische und wirtschaftliche System hat bisher versagt, eine Antwort auf die Klimakrise zu liefern. Wir müssen uns von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Systemen befreien, die Mensch und Natur ausbeuten, nur damit sich einige wenige bereichern können. Es ist an der Zeit, unsere Gesellschaft so umzugestalten, dass eine ökologische und soziale Zukunft möglich ist.»

Dieser kurze Text stellt das Problem mit der notwendigen Klarheit dar. In Bezug auf die Schweiz stellt ein einziger Satz in diesem Dokument, im Kapitel "Klimagerechtigkeit", die zentrale Forderung mit der gleichen Präzision:

«Die Schweiz anerkennt ihre historische und globale Verantwortung für die Klimakrise und handelt entsprechend.» Gerechter geht es nicht mehr.

Gesetz versus Vernunft

Die Aktion der jungen Klimaaktivisten vor dem Schweizer Regierungsgebäude zog erwartungsgemäss die Aufmerksamkeit von Presse, Politik und Gesellschaft auf sich. Mehrere Schweizer Fernsehstationen in den Hauptsprachen des Landes – Deutsch, Französisch und Italienisch – schickten Teams vor Ort.

Im Lager herrschte eine fröhliche und friedliche Atmosphäre, mit farbenfroher Kleidung und Plakaten überall. Zu keinem Zeitpunkt stellte die Besetzung der Schweizer Regierung Hindernisse in den Weg; es gab keine Blockade am Eingang des Bundeshauses. Es gab auch keine gewalttätigen Aktivitäten oder gar Lärm, die das Funktionieren des gleichzeitig tagenden Parlaments behindern könnten.

Ein altes Gesetz der Stadt Bern verbietet jedoch Demonstrationen auf dem Bundesplatz, wenn das Parlament tagt. Ein weiteres Gesetz verbietet auch das Zelten dort.

(...) Mit Hinweis auf diese Gesetze forderten mehrere Parlamentarier die Verwaltung der Stadt Bern auf, die für die Sicherheit des Bundeshauses und des Parlaments verantwortlich ist, die Demonstranten sofort wegzuweisen. Die Stadtverwaltung suchte zunächst den Dialog mit den Aktivisten und schlug einen geregelten Rückzug vor, diese aber kündigten ihre Absicht an, die Besetzung bis Ende der Woche aufrechtzuerhalten, um das tagende Parlament an die Notwendigkeit zu erinnern, sich der Realität des Klimawandels zu stellen.

Im Morgengrauen des Mittwochs drang die Polizei in das Lager ein und vertrieb die Demonstranten, die sitzend und singend gewaltlosen Widerstand leisteten, bis sie vertrieben wurden.

Legal oder ethisch?

Nicht der Klimawandel stand darauf im Zentrum der Diskussionen, sondern, ob die Besetzung legal war oder nicht. Einige mutige Schweizer Parlamentarier, die die Aktivisten verteidigten, wiesen auf diesen Widerspruch hin. So setzte sich etwa die Zürcher SP-Nationalrätin Jacqueline Badran im Schweizer Fernsehen live gegen Journalisten zur Wehr, die dar-

ein Konflikt zwischen Ethik und Legalität. Sicherlich gibt es eine Ethik, die über dem Gesetz steht, und die Rechte der Natur und des Überlebens des Planeten müssen Vorrang vor allen anderen, auch rechtlichen Fragen haben.

Dialog verpasst

Vorerst haben in diesem Kampf in der Schweizer Hauptstadt Kleinheit und Mittelmässigkeit die Hoffnung, Freude und einen gesunden Menschenverstand überwunden. Es hätte kein Problem bedeutet, die Demonstranten friedlich auf dem Bundesplatz verweilen zu lassen und diese Demonstration – wie mehrere Schweizer Parlamentsmitglieder vorgeschlagen haben – als Gelegenheit für einen breiteren Dialog mit jungen Menschen über die Dringlichkeit des Problems des Klimawandels zu nutzen. Es wäre eine Demonstration gewesen von Verantwortung, von echter Sorge um das Schicksal des Planeten und von Fürsorge für künftige Generationen.

Aber die kapitalistische Hysterie, die durch die Schweizer Presse und den rechten Flügel geschürt wurde, der in allen Medien lautstark Respekt für GESETZ und ORDNUNG einforderte, war stärker. Viele der Schweizer Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die die Jugendbewegung verteidigten, wurden in den sozialen Netzwerken massiv kritisiert und angegriffen, so wie sich die exaltiertesten Bolsonaristen in Brasilien verhalten. Denn an der Basis des Bolsonarismus gibt es dieselbe kapitalistische Hysterie, die in allen rechtsextremen Bewegungen der Welt vorhanden ist, die Panik und Empörung über jede Infragestellung der Priorität des Kapitals, die unkontrollierbare und viszerale Wut darüber, wenn jemand es wagt, andere Prioritäten zu verteidigen, sei es die Umwelt, die Würde der Arbeit, die Menschenrechte oder den Planeten selbst. Denn das Kapital will und muss über allem stehen, selbst über dem Leben. Sich dem Diktat des Kapitals zu unterwerfen und sich zusammen mit der Mehrheit der Menschen zu verneigen vor der kapitalistischen Ausbeutung und der Herrschaft des

Profits über alles, gilt als Naturgesetz. Die Berner Jugendlichen verteidigten andere Prioritäten und wiesen mit ihrer Freude, Intelligenz und Entschlossenheit andere Wege, so dass sie wegweisen werden mussten. Aber dies war nur eine Schlacht, der Kampf geht weiter. Auf die eine oder andere Weise hat sich auch in der Schweizer Gesellschaft ein Raum eröffnet, die Debatte wird weitergehen.

Soziale Bewegungen Brasilien solidarisch

Nachzutragen ist, dass die jungen Aktivistinnen und Aktivisten noch während ihrer Besetzung ein Solidaritätsschreiben aus Brasilien erreichte. In dem Brief, der in Brasilia dem Schweizerischen Botschafter übergeben und von sechs brasilianischen Volksbewegungen und 54 Bundesabgeordneten unterzeichnet worden war, wurde von den Schweizer Behörden ein strengeres Vorgehen gegen nationale Unternehmen gefordert, die der weltweiten Klimakatastrophe zudienen.

«Wir hoffen, dass Ihre Regierung die jungen Menschen in ihrem Bestreben unterstützt, das Bewusstsein von Unternehmen und der Gesellschaft für den Umweltschutz zu schärfen. Dies wird uns auch hier als brasilianische Gesellschaft und Menschen helfen, besser für unsere Umwelt, das Amazonasgebiet und die Ernährung zu sorgen», heisst es in dem Brief aus Brasilien. Die Klimaaktivistinnen und -aktivisten würden uns allen «eine Lektion in Demokratie und sozialem und ökologischem Bewusstsein erteilen».

Auf diese Weise sind wir vereint im Kampf gegen den Bolsonarismus, gegen den hysterischen und aus den Fugen geratenen Kapitalismus, sowohl in Brasilien als auch in der Schweiz. Für die Zukunft des Planeten, mit Grosszügigkeit, Zärtlichkeit, Mut und Entschlossenheit.

Franklin Frederik ist ein brasilianischer Journalist und Autor und lebt in Bern.

Übersetzung aus dem Spanischen: UW. Der Text wurde von der Redaktion leicht gekürzt und mit Untertiteln versehen.

Konzernverantwortungsinitiative:

Gebot der Menschlichkeit

Sollen Schweizer Unternehmen vor einem Schweizer Gericht haftbar gemacht werden können für Verfehlungen ihrer Tochterfirmen im Ausland? Dies und mehr fordert die Konzernverantwortungsinitiative, über die wir am 29. November abstimmen.

Von Barbara Stöckli

Alt Ständerat Dick Marty (FDP), die Landeskirche, die SP, die BDP und der WWF sind nur einige, die sich gemeinsam für die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt», kurz Konzernverantwortungsinitiative (KVI), stark machen. Kann eine so breit getragene Kampagne falsch liegen?

Der Bundesrat sieht dies so. Es sei selbstverständlich, dass jemand für einen Schaden, den er selbst verursacht, hafte, argumentierte Karin Kel-

ler-Sutter an der Medienkonferenz. Die Initiative brauche es nicht. Tatsache ist, dass Firmen wie Glencore oder Syngenta seit Jahren in der Kritik stehen, weil sie in Ländern ohne funktionierende staatliche Kontrollen die Umwelt vergiften und Menschenleben aufs Spiel setzen.

Die KVI will, dass Unternehmen ihre Tochterfirmen und Zulieferer einer Sorgfaltsprüfung unterziehen und Massnahmen treffen, falls Menschenrechte oder Umweltstandards verletzt werden. Weiter sieht die Initiative vor, dass Schweizer Unternehmen vor einem Schweizer Gericht für Ver-

fehlungen von Tochterfirmen im Ausland haftbar gemacht werden können, wenn sie nicht nachweisen, dass sie ihre Sorgfaltspflicht erfüllt haben.

Bisher haften Schweizer Firmen in solchen Fällen nicht. Die Tochterfirmen könnten im Land, in welchem die Schäden angerichtet werden, zur Verantwortung gezogen werden. Leider geschehen die Verbrechen in Ländern, in welchen sich der Staat kaum um Recht und Ordnung kümmert. Deshalb müssen Kinder vergiftetes Wasser trinken, erkrankten Bauern als Folge von in Europa längst verbotenen Spritzmitteln, sterben Menschen an Schwefeldioxidvergiftung. Ein Hohn, wenn die Bundesrätin beklagt, die KVI benachteilige Schweizer Firmen im Wettbewerb, schade der Wirtschaft und dem Wohlstand der Schweiz: Den Wettbewerbsvorteil verschaffen sich diese Firmen durch Ausnutzen schwacher Staaten ohne Recht oder Gerichte, Konkurrenzvorteil durch Verantwortungslosigkeit. Wollen wir das wirklich schützen?

Angesichts der Missstände, welche durch einzelne CH-Firmen in armen Ländern mitverantwortet werden, ist es nur recht und billig, wenn wir am 29. November mit einem JA ein Zeichen der Menschlichkeit setzen und den Bund beauftragen, skrupellose Konzerne an die Kandare zu nehmen.

Barbara Stöckli ist Forstingenieurin und SP-Gemeinderätin in Oberburg (BE).



Wechsel in der UW-Redaktionsleitung Das neue Team

Wie bereits im Frühjahr angekündigt, wird die Redaktionsleitung von «Unsere Welt» ab 2021 in neue Hände, Köpfe und Herzen übergehen.

Der Vorstand der Schweizerischen Friedensbewegung, deren Organ die UW seit nunmehr 43 Jahren ist, musste sich mit meiner Nachfolge nicht schwertun: Mit der Bereitschaft unseres langjährigen Sekretärs und Redaktionsmitgliedes Jonas Jäggi, sich neben der redaktionellen Arbeit auch in die Druckvorstufe einzuarbeiten, war die ideale Lösung schnell gefunden. Gemeinsam mit Tarek Idri, der als früherer «Vorwärts»-Redaktor einen gefüllten Erfahrungsrucksack

mitbringt und die Tücken und Möglichkeiten der Redaktionsarbeit kennt und beherrscht, wird er das Flaggship der SFB auf Kurs halten. Ich wünsche den beiden dabei «stets eine Handbreit Wasser unter dem Kiel»!

Ich selbst verabschiede mich als künftiger Gelegenheits-Mitarbeiter zwar nicht gänzlich von der UW, möchte mich aber bereits jetzt beim Vorstand und der gesamten SFB für das kolossale Vertrauen und die Unterstützung bedanken, die mir während all der Jahre entgegengebracht worden sind. Dieses Vertrauen war mir stets Verpflichtung und Privileg.

Martin Schwander



Jonas Jäggi

2008 erhielt ich die Möglichkeit die SFB an der Generalversammlung des Weltfriedensrats in Caracas zu vertreten. Seitdem bin ich im Vorstand der SFB und seit 2011 mit Unterbrüchen und wechselndem Pensum als Sekretär der SFB tätig.

Als ich mich in Caracas als Repräsentant aus der Schweiz vorstellte, stiess ich mehr als einmal auf ungefähr die folgende Reaktion: «In der Schweiz gibt es eine Friedensbewegung? Wozu?»

Hier wäre ich auf eine solche Frage aufgrund entsprechender Ignoranz noch vorbereitet gewesen, aber dort, von verbündeten Friedenskämpfern geäussert, war sie mir beeindruckendes Zeugnis von dem ausgesprochen

guten Ruf, den die Schweiz international geniesst.

Wenn ich meine Zeit und Energie der SFB widmete, habe ich mich immer wieder an diese Frage erinnert. Wir können froh sein, dass die Forderungen, die wir aus friedenspolitischer Sicht an unsere Landesregierung stellen können, sich im internationalen Vergleich relativ bescheiden ausnehmen – nicht dass sie uns dabei ausgehen würden. Die SFB verkörpert für mich, mehr als das, die Überzeugung, dass der Kampf für Frieden international und damit überall geführt werden muss und dass Frieden nur mit Gerechtigkeit und Solidarität zwischen den Völkern erreicht werden kann.

Dafür braucht es vor allem Aufklärung. Seit über 40 Jahren heisst das Hauptaufklärungsmittel der SFB «Unsere Welt».

In meiner Zeit als Sekretär war ich vor allem dafür besorgt, dass die UW nach Postvorgaben adressiert und gebündelt zu den Abonnenten gelangt. Ich habe aber auch vielen Redaktionssitzungen beigewohnt und auf den Inhalt der UW Einfluss genommen. Wenn ich die SFB an internationalen Konferenzen vertrat, wie zuletzt in Syrien 2018, habe ich jeweils in der UW darüber berichtet. Nun übernehme ich zusammen mit Tarek Idri die redaktionelle Verantwortung. Ob es uns gelingt, eine würdige Nachfolge von Martin Schwander anzutreten, können Sie, liebe Leserinnen und Leser ab der nächsten Ausgabe selbst beurteilen.



Tarek Idri

Der Kampf für den Frieden hat mich bereits ein Grossteil meines Lebens begleitet. Ich denke, jedem Kind ist intuitiv klar, dass Krieg etwas Schlechtes, Frieden etwas Gutes ist. Das erste Mal, dass ich mich «aktiv» für den Frieden engagierte, war, als ich als Kind an der nationalen Demo gegen den Irakkrieg teilgenommen habe. An Einzelheiten kann ich mich nicht mehr erinnern, nur an diese beeindruckende, überwältigend grosse Menschenmasse, die sich auf dem Bundesplatz in Bern versammelt hatte, um gegen jenen barbarischen

Aggressionskrieg und für den Frieden zu demonstrieren. Es war meine Mutter, die mich damals an diese Demo mitgenommen hatte. Für sie war klar, dass die USA im Irak ein grosses Verbrechen begingen, und das leuchtete auch mir in meinen jungen Jahren ein.

Die Kriege im Nahen Osten, Elend und Armut insbesondere im globalen Süden sowie Umweltzerstörung und Klimawandel, das waren die Themen, die mich schliesslich zur Einsicht brachten, dass das System, in dem wir leben, nicht funktioniert. Oder besser, es funktioniert nicht für uns, für diejenigen, die unterdrückt und ausgebeutet werden. In der Folge begann ich mich, politisch zu engagieren: in der kommunistischen Jugend und in der PdA. Mehr als vier Jahre habe ich mich auch als Redaktor des «vorwärts», der sozialistischen Wochenzeitung betätigt.

Der Kampf für eine bessere Gesellschaft, für den Sozialismus, ist für mich unweigerlich mit dem Kampf für Frieden und mit Antiimperialismus und Antimilitarismus verbunden. Die SFB ist die einzige Friedensorganisation in der Schweiz, die diese Werte konsequent verkörpert. Entsprechend freue ich mich darauf, bald in der Redaktion von «Unsere Welt» aktiv mitschreiben und mitarbeiten zu können.



Impressionen vom Weltfriedenstag in der Basler Elisabethenkirche. Fotos zvg

Weltfriedenstag vom 21. September 2020

Chor-Konzert für Assange

Der Weltfriedenstag wurde 1981 von der UNO eingeführt. Zunächst jeweils am dritten Dienstag im September gefeiert, erhielt er später mit dem 21. September ein fixes Datum zugewiesen. Für 2020 stellte die UNO den Weltfriedenstag unter das Motto «Gemeinsam den Frieden gestalten» und erinnerte daran, dass Solidarität und Zusammenarbeit geboten sind, um beispielsweise eine Gesundheitskrise wie Covid-19 zu überwinden, Solidarität und Zusammenarbeit über Regionen und Systeme hinweg, Solidarität und Zusammenarbeit statt Ausgrenzung und Egoismus.

Mit einem Chorkonzert und einem Referat widmete die Schweizerische Friedensbewegung (SFB) ihren Anlass zum Weltfriedenstag dem australischen Journalisten Julian Assange, der Kriegsverbrechen aufgedeckt hat und deswegen nun statt der Kriegsverbrecher im Kerker sitzt.

«Für uns ist Assange ein Friedenskämpfer», meinte Moderator Martin Schwander zu Beginn der Veranstal-

tung in der Basler Elisabethenkirche. «Seine Enthüllungen durchdringen den Propagandanebel, der um Kriege immer dichter gelegt wird und sie regen damit zum Widerstand gegen die Kriegstreiber an.»

Referent Mathias Bröckers, Autor des Faktenbandes «Freiheit für Julian Assange – Don't Kill The Messenger», rekapitulierte in einer eindrücklichen Schilderung den Weg des australischen Journalisten von der Gründung der Enthüllungsplattform Wikileaks bis zum politischen Gefangenen Londons, dessen die US-Regierung liebend gerne habhaft werden möchte. Detailliert entlarvte Bröckers die Absurdität der US-amerikanischen Anklagepunkte wegen «Spionage» und prangerte die unsäglich Haft- und Prozessbedingungen im Auslieferungsverfahren gegen Assange an. Bereits jetzt, so Bröckers sinngemäss, müssten Journalisten auf der ganzen Welt damit rechnen, für kritische Artikel und Recherchen auf Ersuchen der US-Regierung ver-

folgt, festgenommen und schliesslich mit Auslieferung bedroht zu werden. «Die Trump-Regierung will einen Präzedenzfall schaffen, der Medien und Publizistik auf der ganzen Welt unter Druck setzt: Hüte dich irgendetwas zu veröffentlichen, was uns nicht gefällt, wir kriegen dich!» Der Kampf für Assange ist deshalb ein Kampf für die Pressefreiheit schlechthin.

Das sahen auch die beiden Komponisten Luca Fiorini und Jonas Jäggi so, deren Assange und den Whistleblowern insgesamt gewidmete Chorwerke «Weisse Folter (Fiorini)» und «Call for treason» (Jäggi) vom Chor «ensemble liberté» in der Elisabethenkirche schlicht grossartig interpretiert wurden. In Abwechslung mit dem Chor «Ensemble Choeur3» und gemeinsam boten die jungen Sängerinnen und Sänger aus dem Dreiecksland unter Leitung von Abélia Nordmann und Luca Fiorini ein unvergessliches Konzert, welches das Publikum in der vollbesetzten Kirche mit stehendem Applaus honorierte.

Ohne dich – keine UW!

UNSERE WELT ist auf deine Unterstützung angewiesen! Durch den jährlichen Mitgliederbeitrag, ein Abonnement oder eine Spende unterstützt du unsere Arbeit und vor allem die Produktion und Herausgabe dieser Zeitung. Vielen Dank!

Eine Online-Überweisung ist rund um die Uhr möglich:

PC: 40-1627-7
IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
BIC: POFICHBEXXX

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

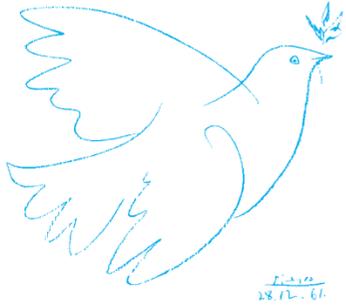
Strasse: _____ Mail (fak.): _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch



Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für die Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Seyhan Karakuyu, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 3 000
Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 3. Herzlichen Dank!

Unsere Welt



Brennende Olivenbäume in Nablus. Palästinensische Bauern sind den brandschatzenden Vandalen aus den illegalen Hügelansiedlungen hilflos ausgesetzt. Foto palestinow.com

Siedler plündern palästinensische Olivenhaine Nicht meine Brüder

Immer wieder werden während der Olivenernte palästinensische Olivenhaine von marodierenden Jugendlichen aus den israelischen Siedlungen gebrandschatzt und palästinensische Bauern sind Schikanen und Angriffen ausgesetzt. Das Land, auf dem die Bäume angebaut werden, weckt wegen seiner Fruchtbarkeit die Begehrlichkeiten der illegalen Landbesetzer aus Israel.

Von Michael Sfar

In den letzten Jahren haben israelische und palästinensische Menschenrechtsgruppen eine bahnbrechende Entdeckung gemacht, die ihnen eines Tages den Nobelpreis für Physik einbringen könnte. Ihre Forscher haben beobachtet, dass die Natur uns neben der Lichtgeschwindigkeit und den Gesetzen der Schwerkraft zwei weitere universelle physikalische Konstanten geschenkt hat: die verabscheuungswürdige Siedlerkriminalität, die während der Olivenernte überhandnimmt, und die Komplizenschaft der israelischen Strafverfolgungsbehörden, die dies einfach geschehen lässt. Zeit kann sich ausdehnen oder schrumpfen, Raum kann sich ausweiten oder zusammenziehen, aber die Lichtgeschwindigkeit wird immer 300 000 Kilometer pro Sekunde bleiben. Sie wird sich nie ändern – ebenso wenig wie die kriminellen Aktivitäten der Siedler. In Zeiten von Friedensgesprächen oder Annexionsverschwörungen, in normalen Zeiten oder Zeiten einer Pandemie, in Zeiten des Wirtschaftswachstums oder der Rezession, in Zeiten des Diebstahls von Oliven, des Fällens von Bäumen und der Übergriffe auf die Olivenpflücker wird es wie immer bleiben. Der gelangweilte Soldat und sein Kommandeur, die träge inmitten der jungen Klansmänner von den Hügeln umherstreifen, während diese Steine auf die palästinensischen Olivenpflücker werfen, tauchen ebenfalls jedes Jahr auf, so genau wie eine Atomuhr. Verteidigungsminister kommen und gehen, Kommandeure der Judäa- und Samaria-Division werden zu Generälen und Generalmajoren und «stellvertretenden Premiermi-

nistern», und die Olivenernte blutet weiter. Die Schwäche und Gleichgültigkeit der Armee, die von den Sicherheitskräften verliehenen Preise für die Angreifer und ihre Aggression gegen die Schwachen sind ebenfalls so verlässlich wie der Sonnenaufgang jeden Morgen: die Fallschirmtruppen oder die Artillerie- oder Infanteriebrigade – Givati, Golani, Nahal oder Kfir. Dieser Verhaltenskodex wird von einer Rekrutierungsgeneration an die nächste weitergegeben, zusammen mit Geschichten über das Kampferbe und Blues-Songs der Kämpfer. Inmitten einer grossen Gesundheits- und Wirtschaftskrise, in einer chaotischen Situation, in der niemand weiss, wann die Schulen geöffnet werden oder wann wir überhaupt wieder zum Friseur gehen können, sind die Gewalt dieser Siedler und die Kollaboration der Armee eine Insel der Stabilität, ein Fels in der Brandung in unsicheren Zeiten. Und so ist es auch bei der diesjährigen Olivenernte, die [im Oktober] gerade erst begonnen hat. In den ersten neun Tagen erhielt die israelische Menschenrechtsgruppe Yesh Din Berichte über mehr als 20 Vorfälle, in denen die Ernte beschädigt wurde. In sieben Fällen griffen Siedler die Olivenpflücker gewaltsam an, in acht Fällen wurden die Oliven gestohlen. In neun Fällen wurden Hunderte von Bäumen gefällt, und in einem Fall wurde ein Olivenhain in Brand gesteckt. In Hawara und Na'alim wurden Menschen verletzt; in Jab'a wurden Drohungen ausgesprochen, Bäume gefällt und Oliven gestohlen; in Ein Yabrud wurden Menschen angegriffen und in Fara'ata und Burin ausgeraubt.

Die Söhne Gottes

Videomaterial ist zu Menschenrechtsaktivisten aus dem gesamten Westjordanland geflossen. Die Bauern sehen zu, wie ihr Besitz geplündert wird und können nichts dagegen tun. Die Hilflosigkeit, aus der Ferne zusehen zu müssen, ist demütigend, aber eine Begegnung mit den Vandalen ist noch schlimmer.

Wie einer der jüdischen Schläger zu den palästinensischen Landbesitzern in Burqa sagte, in einem Vorfall, der in Ohad Hemos Bericht auf Channel 12 News zu sehen war: «Gott hat uns dieses Land gegeben. Ich bin der Sohn Gottes und du bist sein Diener».

Und das alles geschieht weniger als eine Autostunde vom Zentrum Israels entfernt, an diesen Orten, deren Existenz gleichgültige Israelis lieber ignorieren, Orte, von denen wahrscheinlich weniger als ein Prozent der Bevölkerung gehört hat, aber wohin unsere besten Söhne und Töchter geschickt wurden, um unsere Kontrolle seit über fünf Jahrzehnten zu vertiefen.

Das Böse hat Wurzeln – sein Auftreten widerspiegelt etwas viel Tieferes. Jugendliche sprühen vor Hass, wenn sie einem armen Palästinenser, der gekommen ist, seine Oliven zu ernten und der alt genug ist, um ihr Vater zu sein, erklären, sie seien die Kinder Gottes und er ihr Diener. Dies sind keine einsamen Wölfe. Dazu braucht es Rabbiner und Eltern, politische Führer und geistliche Mentoren, die ein solches Verhalten sanktionieren oder sogar lenken. Es braucht die Indoktrination einer abscheulichen Ideologie und einer Gemeinschaft, die sie unterstützt.

ung, Diskriminierung und Völkermord gezeichnete Nation weitgehend zweigeteilt – in diejenigen, die zu den Kreisen der Provokation, Enteignung und Erniedrigung gehören, und diejenigen, die sich nicht wirklich darum scheren, dass dies die Taten ihrer Brüder und Schwestern sind.

Deshalb möchte ich den Verbrechern in den Siedlungen sagen: Ihr seid nicht meine Brüder. Wir mögen eine gemeinsame Vergangenheit haben, aber in der Gegenwart habe ich mehr mit euren Opfern gemeinsam als mit euch – mit Ibrahim aus dem Dorf Far'ata, dessen Land von Siedlern gestohlen wurde und dessen Olivenernte Jahr für Jahr geplündert wird, mit Mohammed aus Bil'in, der mutig hinausgegangen ist, um die Bauern von Hawara zu verteidigen.

Ich habe nichts mit den Schlägern der Aussenposten und Siedlungen gemein, also versucht nicht, mir jemanden von der Versöhnungsgruppe Tzav Piyus zu schicken oder mir zu sagen, dass wir zuerst Frieden unter uns schaffen müssen.

Kein Frieden ist möglich mit gewalttätigen Rassisten, die unter dem Schutz der Gewehre der Armee die Schwachen missbrauchen und damit das Gedenken an die Opfer der Pogrome und des Holocaust beleidigen. Kein Kompromiss ist möglich mit denen, die die Schwachen ausplündern, die Unterdrückten ausbeuten und ihren Nächsten hassen, so wie ihre eigenen Vorfahren, ihre eigenen Väter und Mütter, gehasst wurden.

Wenn ich Sie wäre, würde ich für Sie Schiwa sitzen, denn Sie haben dem Wesen des Judentums abgeschworen und die Prinzipien in seinem Innern



Olivenernte im Gazastreifen. Foto MEE/Fatima Shbair

In der Tat braucht es auch eine Siedlung, um einen rassistischen Faschisten aufzuziehen. Hinter jedem maskierten jüdischen Brandstifter steht ein ganzes Dorf von Schuldigen; hinter jedem selbsternannten Sheriff, der eine Familie von ihrem Land vertreibt, steht ein Dorf von Verantwortlichen. Natürlich sind nicht alle so, aber viele. Auch auf der israelischen Seite der Grünen Linie blühen Hass und Rassismus, die Berge von Samaria hingegen, das nördliche Westjordanland und die Hügel von Binyamin und Hebron in der Mitte und im Süden sind das eigentliche Übungsgelände für Hassverbrechen.

Was euch hassenswert ist, tut nicht euren Mitmenschen an, sagte der Weise Hillel, aber jetzt ist die von Verfol-

ten verunreinigt. Aber da ich weiss, dass Sie wahrscheinlich glauben, dass Israel, selbst in Sünde, immer noch Israel ist, werde ich zu Ihnen in einer Sprache sprechen, die Sie verstehen: Tut Busse, Sünder. Tut Busse, und wir werden euch umarmen. Bis dahin werden wir tun, was unsere Thora befiehlt: Wir werden euch bekämpfen.

Michael Sfar ist ein israelischer Menschenrechtsanwalt und Rechtsberater der Menschenrechtsgruppe Yesh Din. Der Artikel von Sfar erschien in der zweisprachigen israelischen Tageszeitung Haretz (haaretz.com/opinion), die sich selbst als «umfassend liberal» bezeichnet und als kritische Instanz der israelischen Gesellschaft gilt. Die Übersetzung aus dem Englischen besorgte Ruedi Knüttli mit Unterstützung von deepf.com.



**70 Jahre SFB:
Das Buch zur
Geschichte**

Martin Schwander, *Frieden, Gerechtigkeit, Menschenwürde. 70 Jahre Schweizerische Friedensbewegung 1949 – 2019*, Verlag SFB, Basel 2019. Paperback, 464 Seiten, illustriert. Fr. 28.– plus Porto. Bestellungen bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, Telefon: 061 261 02 89, Mail: buecher-waser@bluewin.ch



Einladung zu einer Veranstaltung im Rahmen von «16 Tage gegen Gewalt an Frauen»

**Begegnung mit
Florence Hervé**

Die freie Journalistin, Autorin, Publizistin und Dozentin liest aus ihrem Buch:

«Mit Mut und List. Europäische Frauen im Widerstand gegen Faschismus und Krieg»

Donnerstag 3. Dezember 2020 im Schmiedenhof, Basel Eingang Rümelinplatz 19.00 Uhr

Organisiert von der Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt BFFF



Das Neuste immer auf friedensbewegung.ch